

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsbestellern und in allen Läden erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der rebohnende Hungerarbeiter

6. Jahrgang



Dresden, Mittwoch den 1. Oktober 1933

Nummer 229

Das Raubprogramm der Brüning, Braun und Hindenburg perfekt!

1 Milliarde Ersparnis durch Gehaltsraub an den unteren Beamten und Streichung sozialer Ausgaben / Steuer- und Zollwucher für die Armen, Millionengeschenke für die Reichen / Aufhebung des Wohnungszwangs, Abschaffung und Einführung der Arbeitsdienstpflicht usw.

Berlin, 1. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.)

Der Reichsfürst Brüning hat gestern dem Reichspräsidenten Hindenburg und dem preussischen Ministerpräsidenten dem Sozialdemokraten Otto Braun, das Raubprogramm der Regierung vorgelesen. Anschließend hieran hat Brüning sich in einer Aussprache mit Braun die

Zustimmung Preußens im Reichsrat gesichert

Dann wurde das Regierungsprogramm veröffentlicht.

In der Begründung wendet sich Brüning nicht an den neu gewählten Reichstag, sondern er erklärt, daß die Regierung ihre Beschlüsse dem „deutschen Volk“ unterbreite. Das Programm wird weiter als „einheitlicher Plan“ bezeichnet. So wird von vornherein zum Ausdruck gebracht, daß es sich um ein Diktaturprogramm handelt, zu dem der neue Reichstag zwar ja sagen darf, an dem die Regierung aber nichts ändern lassen will.

Rund 1 Milliarde Mark will die Reichsregierung im Haushaltsjahr 1933 auf Kosten der arbeitstätigen Massen ersparen.

20 Millionen Mark sollen von den Reichsbeamten, in der Hauptsache den kleineren Beamten, abgezogen werden. Ihre Gehälter, sowie die Versorgungsbezüge der Witwen und der Hinterbliebenen sollen vom 1. 4. 1931 ab auf die Dauer von 3 Jahren um 6 Prozent gesenkt werden. Die gleiche

Gehaltskürzung

soll bei der Reichsbahn und bei der Reichsbank, in den Ländern, Gemeinden und anderen Körperschaften des öffentlichen Rechts erfolgen.

100 Millionen Mark wird die Reichsregierung auf Grund der bei den Ländern und Gemeinden durchgeführten Gehaltskürzung weniger an die Länder und Gemeinden überweisen.

200 Millionen Mark sollen durch eine Ausgaben-

kürzung im Reichshaushalt eingespart werden durch die Abschnitte bei sozialen und kulturellen Ausgaben.

Die Pächtersteuer und der Sprengstoffzuschlag zur Einkommensteuer bleiben unberührt.

167 Millionen Mark sollen durch Erhöhung der Zölle und Steuern, sowie durch Härtere Belastung des Tabaks gewonnen werden.

Gleichzeitig aber wird den Großgrundbesitzern und den Unternehmern ein Geschenk von 320 Millionen Mark durch Steuererleichterung gemacht. Diese 320 Millionen Mark werden den Hausbesitzern zufließen.

Auf dem Gebiet der Wohnungswirtschaft sieht der Plan der Brüning-Regierung:

vollständigen Abbau der Wohnungszwangswirtschaft

vor. Bis zum 1. April 1936 soll die Verwendung von öffentlichen Mitteln für Wohnungsbau abgebrochen werden. Am 1. April 1934 soll die endgültige Aufhebung des Wohnungszwangs erfolgen. Das Reichsbeamtengehalt und die Hinterbliebenen sollen am 1. April 1936 endgültig angehoben werden.

Außer diesem auf lange Zeit berechneten „Wirtschafts- und Finanzplan“ wird die Brüning-Regierung nach vorläufigem Einverständnis des Reichstages auf diktatorischem Wege einen anderen ungeheuerlichen Schlag gegen die arbeitstätigen Massen führen. Die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung werden nach der Notverordnung des Reichspräsidenten

von 6% auf 12% Prozent erhöht

und gleichzeitig angeordnet, einen verstärkten Zwang zur Annahme angebotener Arbeit für Unterliegende, die profitorientiert die von den Nazis und Wirtschaftsparteien geforderte Arbeitsdienstpflicht durchzuführen.

„Stalin bezahlt Hitler.“

Wie die tatsächliche SPD-Presse

Diktaturprogramm anti-Prüning

Dresden.

Ungeheuerlich ist das Brüning-Programm, das die tatsächliche SPD-Presse entgegengerufen. Wie sieht die tatsächliche SPD-Presse in diesem Augenblick die „linke“ SPD-Sachsen? Sagen sie ihrem Parteigenossen Brüning den Krieg an, der bereit ist, die Annahme des Brüning-Programms zu sichern? Mobilisieren sie zum Streik gegen die in Kraft gesetzten Notverordnungen? Machen sie zum Streik gegen den drohenden Entlassungsplan der sächsischen Metallindustrie? Nützen sie zur Bildung von Betriebswehren, zum Kampf gegen den Werkstattdiktator, zu MassenDemonstrationen gegen die drohende sächsische Diktatur auf? Zerreißen sie das schandwürdige Raubprogramm des Brüning-Programms und fordern zur Einsetzung der sozialdemokratischen Partei in den Boden des Klassenkampfes auf? Sagen sie den SPD-Parteilern, daß sie ihre organisatorische Verbundenheit mit der Partei von Brüning und Hermann Müller ein Rerum an der Klasse, daß jeder Versuch, die Sozialdemokratische Partei aus dem Boden des Klassenkampfes zu reißen, für immer aussichtslos ist?

Sie denken nicht daran, die Verteidigung der Einheit mit einem Brüning, einem Hindenburg, einem Braun zur Verteidigung der Demokratie, die den Reichstag die Macht in die Hände stellt. Statt zum Kampf gegen die Bourgeoisie, rufen sie die Arbeiter mit Hitler und Brüning gegen den Bolschewismus.

Niederträchtig ist die neue „antibolschewistische“ Hetzpropaganda der sozialdemokratischen Einheitsfront. Die auf Gerüchten beruhende Behauptung in der gelampten sächsischen SPD-Presse eine „Enthüllung über einen Geheimvertrag Stalin-Hitler“, einem Delegierten von Paris entnommen, wird behauptet, daß Stalin der Hitlerbewegung vor den Reichstagswahlen am 1. April 1933 die Handlungen überbringen ließ, daß zwischen Stalin und den Führern der Hitlerpartei Geheimverträge abgeschlossen hätten. Als Gegenleistung für die gebotene Geldsumme sei die Hitlerpartei bereit, eine kommunistische Arbeiterregierung in Deutschland zu unterstützen.

Rur dem Gehirn der sozialdemokratischen antibolschewistischen Kreise können solche Behauptungen, die weder durch die tatsächlichen Verhältnisse noch durch die tatsächlichen Verhältnisse bestätigt werden, nicht darüber, wenn die sozialdemokratischen Kreise, wie verflucht, die Wahrheit nicht zu sagen wissen. Aber was macht die sächsische SPD-Presse daraus? Sie bringt es fertig und versucht, die Wahrheit als pure Wahrheit, als Beweismittel für eine Verbindung zwischen Hitler und Stalin“ zu beschreiben die „Weißer Arbeiterzeitung“.

500 Millionen Mark erhalten die Nazis für die Wahl von der Sowjetrepublik. Bolschewismus und Volkswirtschaften in Arm, um die sozialdemokratische Arbeiterbewegung niederzulegen. Wann wird die Ar-

Nieder mit diesem Landtag!

Nazis stimmen Notstandsbeihilfe nieder / SPD-Anträge als Demagogie entlarvt
Statt Kampf gegen Notverordnung Fortsetzung des Regierungsführhandels

Dresden, 1. Oktober.

Gestern tagte der Sächsische Landtag. Wir haben seit Wochen seine Einberufung gefordert. Die Parteien haben es verweigert. Sie hatten Grund dafür. Denn als wir gestern die sofortige Behandlung unserer Anträge bezüglich Notverordnung, Steuererleichterung, Auflösung dieses Scheinparlamentes usw. forderten, wurden wir niedergedrückt von allen Parteien.

Wir bringen den Bericht auf der 5. Seite. Nachstehend sind die Abstimmungen verzeichnet, die sich mit verschiedenen Anträgen bezüglich Arbeitslosenversicherung, Arbeitsbeschaffung und sonstigen Arbeitsfragen bezogen. Auch diese Abstimmungen zeigen, daß die SPD-Führer und Nazis die treuen Schildknappen der Kapitalisten auf allen Gebieten des Klassenkampfes sind.

Die Abstimmungen:

Angenommen wurde als erster ein sozialdemokratischer Antrag, die Arbeitslosenversicherung unter Verlangung der Unterstützung auf alle Berufsgruppen auszudehnen. Dieser Antrag ist in doppelter Hinsicht demagogisch. Einmal, weil mit der Durchföhrung dieses Antrages die Brüning-Regierung (!) beauftragt wird, und zweitens, weil es gerade Willkür war, der die Arbeitslosenversicherung abzuhauen.

Ebenfalls an die Brüning-Regierung (!) richtet sich ein Wohnungsbauprogramm, das zur Weiterberatung an den Ausschuss verwiesen wurde.

Ein kommunistischer Antrag wurde für die Arbeitslosenversicherung und Renten eine Erhöhung der Beihilfe in Höhe von 40 RM für die Haupterwerbsfähiger und 10 RM für deren Angehörige ver-

langt. Die Nazis entlarvt zu ihre feindliche Einstellung gegenüber den Opfern der kapitalistischen Barbarei, indem sie gemeinsam mit den bürgerlichen Parteien diesen Antrag ablehnten. Ihr angenommenen Antrag, die Notverordnung zu erlassen, den Bezirksverbänden Mittel für die Beihilfen der Arbeitslosen zur Verfügung zu stellen, ist nichts als pure Demagogie; denn in dieser Art und Weise in der Fassung verpflichtet er zu nichts und die Arbeitslosen können bei diesen nationalsozialistischen Anträgen verhungern.

Eine unerhörte, vom Gehirne Kenners durchkreuzte Demagogie leistete sich die SPD und ihre Landtagspräsident Wendt bei der Frage der Lehrlings-Einstellungen. Die SPD beantragte, die Regierung zu beauftragen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach unterstellt und verboten ist, Lehrlinge während der Dauer des Lehrvertrages wegen Betriebsveränderung zu entlassen bzw. verfrachtet zu lassen. Die SPD versuchte durch einen „Zusatzantrag“ unseren Antrag Majorität zu machen, indem sie dasselbe von der Reichsregierung (!) forderte und damit praktisch die Durchführung einer solchen Maßnahme zu verhindern suchte. Der Landtagspräsident Wendt hatte den Zweck des sozialdemokratischen Mandats verstanden und unterließ die Abstimmung unseres Antrages. Erst der energische Protest des Gen. Kenners erreichte die Abstimmung auch unseres Antrages. Und siehe da: die SPD stimmte gemeinsam mit den bürgerlichen Parteien unserem Antrag nieder. So sieht die sozialdemokratische „Interessenvertretung“ der arbeitenden Jugend aus.

Ein kommunistischer Antrag, der unter Punkt 1 das Verbot der Zwangsarbeit und Zwangsverpflichtung jugendlicher Arbeiter und Arbeiter-

innen fordert, wurde von den bürgerlichen Parteien mit Unterstützung der nationalsozialistischen Kapitalistenklasse niedergedrückt. Aber auch die SPD entlarvte sich, indem sie Punkt 2 unseres Antrages, in dem gefordert wird, daß die Arbeitsbeschaffung freiwillig erfolgt, gemeinsam mit Nazis und bürgerlichen Parteien ablehnte.

In letzter Abstimmung wurde die Tagesordnung für die kommende Landtagssitzung festgelegt.

Gen. Kenners forderte als erstes die Beratung des kommunistischen Auflösungsantrages, nachdem sich dieser Landtag als der Mittel der Brüning-Verordnung und der sächsischen Kapitalisten entlarvt hat. Statt dessen stimmten alle Parteien von der SPD bis zu den Nazis dafür, daß als Punkt 1 der Tagesordnung erst die Ministerpräsidentenwahl stattfindet. Die SPD und Nazis wollen also erst abwarten, ob sie von der Bourgeoisie als Koalitionspartner zur Hitlerpartei herangezogen werden. Erst wenn dieser Weg zur Staatsklippe aussichtslos für sie ist, und sie für Beratung des kommunistischen Auflösungsantrages zum zweiten Punkt der Tagesordnung.

Beitraglichkeit dieses riesenhafte angelegte, gemeingefährliche In-
trigenstück durchzuführen?
Eine solche bodenlose politische Verleumdung, die antibolsche-
wistische Seite eines Pariser Organs als wahr zu unterstellen,
scheint selbst dem Dresdner Organ des Herrn Edel nicht
tatsächlich klar. Die Dresdner Volkszeitung kommen-
tiert folgendermaßen:

Die Meldungen des Blattes 'Orbis' sind reichlich phan-
tastisch. Daß Herr Beskowitsch, den die Reichshaber in Mos-
kau neulich zum Tode verurteilten, diese Angaben bemerken
könnte, muß wohl zunächst als ausgeschlossen gelten.

Aber obwohl die Volkszeitung selbst nicht an diese allzu
plumpe Lüge glaubt, wird in ihrem weiteren Kommentar aus
einer nicht vorhandenen Tatsache dennoch eine antibolsche-
wistische Schlussfolgerung gezogen. Denn das Dresd-
ner Blattchen der Hermann-Müller-Partei schreibt weiter:

Freilich ist in der Politik dieser beiden Parteien mit den
Kommunisten, Sozialdemokraten und Wahnwichtigen zu
rechnen.

Womit also die Volkszeitung wenigstens theoretisch ein Bündnis
zwischen Hitler und Stalin, bzw. zwischen den Kommunisten und
Faschisten als wahr unterstellt!

So kämpfen die 'Linken' SPD-Führer gegen den Faschis-
mus. So organisieren sie die 'Einheitsfront des Proletariats'.
Es ist der verarmte Trübsinn von Faschisten, die
ihre Partei bei den Wahlen verloren wissen und mit ge-
samteten Kräfte ihren Bankrott verhindern wollen.

Aber, ihr Herren Edel und Böckel! Eure Propa-
ganda wird nicht zünden! Eure Versuchung zur Sprengung
der proletarischen Einheitsfront wird das Gegenteil des
gewollten Echos auslösen. Gerade diese eure stumpfsinnige Anti-
bolschewistenhetze sind Mittel in unseren Händen, die so-
zialdemokratischen Arbeiter sozial und kameradschaftlich
daneben zu überzeugen, daß das Proletariat den Faschismus
gesamtermaßen ablehnen kann, ohne gleichzeitig sich organisieren
zu lassen von der Partei der Edel und Braun.
Wißt ihr zu lösen.

Für die Verfassung „auf die Schanze“! Die Kommunisten!

Hitlers einziger Feind
Dresden, den 1. Oktober.

In einer gestern abend referierten Rede, ihr Beitreiben
der NSDAP entgegen die christliche deutsche Bewegung
sei es, auflegte Sie seien zum Regierungsein-
tritt wieder herzuholen Reich herbei, um kommunistischen
Teilt in Sachverhalt zuzutreten. Gegenüber kommunisti-
scher Vorgehensweise zwingend notwendig, eine harte Faust
schon zu zeigen zu sein.

ins Innenministerium mit diesen Äußerungen ist ein Artikel im
„Kriegsblatt“ bezeichnend, dessen Schlußsatz lautet:
„In der Reichsregierung, die Verfassung zu brechen, sind un-
abhängig.“

antirevolution gegen Young, Kapitalisten und Verfassung
narrer November-Republik“ ist aufgegeben. Nieder-
gang des Kommunismus ist der einzige Programm-
punkt geblieben. Die Bourgeoisie antwortet auf dieses
Angebot, indem es die Rechte der kapitalistischen Aus-
beutung in die Regierung nimmt.

Beamtenentlassungen sehen schon ein

Berlin, 1. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)
Der in Verbindung mit dem Disziplinarprogramm vorgesehene
Beamtenabbau hat schon eingesetzt. Beim Statistischen
Reichsamt ist die Entlassung von 600 Beamten und
Angestellten in Angriff genommen. Ein großer Teil der Rück-
stellungen ist gestern angesetzt worden.

Weitere Proteste gegen Leipziger Prozeß

Dresden, 1. Oktober.
Protestentscheidungen gegen den Prozeß in Leipzig
und gegen die Todesurteile der polnischen Faschisten gegen revo-
lutionäre Jungarbeiter nahmen der Bund proletarisch-revolutionä-
rer Striktkeller (Ortsgruppe Dresden), der Sozialisti-
sche Studentenbund (Ortsgruppe Dresden) und eine
Reihe angelegener Dresdner Künstler an.

Hinein in den Kampfbund gegen den Faschismus!

Meldet Masseneintritte an die Adresse: Arno Schönherr, Dresden-N., Josephinenstraße 5



Werttätige Sachsen!
Gestern veröffentlichte die Arbeiterstimme einen Aufruf
des Antifaschistischen Kampfbundes.
Indem wir uns dem Aufruf zur Bildung eines Anti-
faschistischen Kampfbundes anschließen, haben wir für Dresden
ein vorläufiges antifaschistisches Komitee ge-
bildet. Wir fordern die werttätige Bevölkerung, alle Arbeit-

Heraus zur Demonstration gegen den Faschismus!

Sonntag, den 5. Oktober
Zentraler Platz: 10.30 Uhr Weißeritzstraße

Arbeiterinnen beantworten Lohnabbau mit Streik

Thalheimer Strumpfunternehmer fordern 38 Prozent Lohnabbau

Die Thalheimer Strumpfunternehmer versuchen, auf breiterer
Front einen Lohnabbau durchzuführen. Die Firma Förker in
Thalheim hat eine Lohnkürzung um circa 9 Mark die Woche
angekündigt.

Die Firma Schletter will die Löhne bis zu 38 Prozent
abbauen. Die anderen Firmen fordern Lohnkürzungen von 10
bis 40 Prozent.

Die Firma Drechsel in Thalheim verlor ebenfalls,
einen 30prozentigen Lohnabbau durchzuführen. Die Spulerrinnen,
Kettlerinnen und Näherinnen traten diesem Lohnabbau geschloffen
gegenüber und legten am 26. September die Arbeit nieder. Wie
bei Wänsche Erben in Ebersbach, so ist es auch in der Thal-
heimer Strumpfindustrie die Arbeiterinnen, die im Kampf gegen
Lohnabbau voran marschieren.

Die Forderungen der Wollindustriellen in Berlin und in
Sachsen, die Forderungen der Grubenbarone und Textilgewer-
betriebe, die Forderungen der Kommunisten und der Revolutionären
werden die Opposition ist es, die Arbeit in den Betrieben zu
verweigern und zu verweigern. In jedem Betrieb muß eine
Betriebsgruppe der KGD und eine aus revolutionären Arbeitern
bestehende Kampfleitung gebildet werden. In allen Be-
trieben gilt es, den Kampf gegen die Lohnabbauoffensive der
Unternehmer für die Erhöhung der Löhne und Befürzung der
Arbeitslosen bei vollem Lohnausgleich zu organisieren. Der
Kampfwille der Textilarbeiterinnen von Wänsche Erben in
Ebersbach und von Thalheim muß für die übrige Arbeiterchaft
ein leuchtendes Vorbild sein, und es gilt, die Streikfront in der

Textilindustrie zu verbreitern und in der Metallindustrie der
Kampf gegen das Unternehmertum, für die Forderungen der
KGD aufzunehmen.

3 Prozent noch nicht genug

Berlin, 1. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.)

Die Verhandlungen in der Metallindustrie über die Revision
des neuen Tarifvertrages sind gestern vollkommen ergeb-
nislos geblieben. Den Unternehmern genügt nicht ein
der von der DGB-Fürsorge vorgelegene Lohnabbau von
8 Prozent bei gleichzeitiger Senkung der Wochenarbeitszeit auf
40 Stunden, sondern sie bestehen auf einer Senkung der
Tariflöhne um 13 Prozent. Die Gewerkschaftsführer
machten den Vorschlag der Verlängerung des Lohnabkommens
um ein halbes Jahr und werden den Schlichtungsausschuss
sich anrufen, der noch in dieser Woche zusammentreten um
eine Entscheidung herbeiführen soll. Sie wollen damit dem Kampf
aus dem Wege gehen und werden jeden Schlichtungsversuch
der gestillt wird.

Im Aufzuggewerbe und bei den Bauhelfern haben die
Unternehmer schon einen Lohnabbau diffiziert, ohne daß
die Gewerkschaftsbürokratie sich auch nur gerührt hätte. Sie for-
dern einzig und allein zur Feindschaft auf, daß die Arbeiter
sollen sich den Lohnabbau ruhig gefallen lassen.

Auch in der sächsischen SPD wachsende Arbeiter-Empörung

Dresden, den 1. Oktober.

Neberall breitet die Empörung der sozialdemokra-
tischen Arbeiter gegen die Politik ihrer Führer aus. Auch
die jetzt wieder fortschreitende „Opposition“ der „Linken“ Führer
in Sachsen nehmend den Zerlegungsprozeß innerhalb der SPD nicht
aufzuhalten. Daß er sich im Sinne der Festigung der re-
volutionären Einheitsfront vollzieht, ist unsere un-
bedingte Pflicht.

Unter Chemnitzer Bruderorgan ist in der Lage, einige auf-
schlußreiche Berichte über die Vorgänge in der Chem-
nitzer SPD-Organisation zu bringen. Der Referent
verurteilt, der Stimmung der Mitgliedschaft gefolgt Rechnung zu
tragen, indem er in einer Mitgliederversammlung für Chem-
nitz-Ort am 19. September die

Entfernung der korruptierten Elemente aus allen füh-
renden Positionen, Kampf gegen den Parteivor-
stand und völlige Umstellung des Parteiprogramms for-
derte. In der SPD händen ehrliche Klassenkämpfer.

Im Wahlbericht wurde gesagt, es sei eine Schande, daß sich
nicht genügend Genossen für die Vorbereitung der Flugblätter ge-
funden hätten (angeführt der unerschämten Wahlzügen kein
Wunder, die Redaktion).

Am 19. September sprach Schumann in einer Mitglieder-
versammlung von Chemnitz-Süd und wollte den Anwesenden mit
einerseits — andererseits weismachen, daß der Eintritt der SPD
in die Regierung der richtige Weg sei. Selbstverständlich mußten
dann (siehe Hülferding) die Notverordnungen aufgehoben werden.
In der Diskussion erklärte ein Redner:

„Wenn die Kommunisten unsere Führer Sozial-
faschisten nennen, so ist ein Körnchen Wahrheit da.“

bei, denn die Verschlechterungen der Erwerbslosenversicherung
u.w. haben wir auch Hermann Müller mit zu verdanken.“

In einer Mitgliederversammlung im Chemnitzer Schloßbezirk
am 26. September referierte Böckel. Die „Linken“ hätten in
der letzten Sitzung des Reichsparteiausschusses in Berlin beantragt,
von dem 800 Mark übersteigenden Beitrag der Mitgliedschaft
40 Prozent abzulassen. Der Antrag sei nicht angenommen
worden, sondern dem Parteivorstand als Material übermiesen.
Dann aber

machte der „linke“ Böckel Stimmung für die Erhöhung
der Erwerbslosenversicherungsbeiträge und die Steuer-
erhöhung gegen die Beamten. Ablehnen müsse man die
Notverordnung nur, weil sie auf ungleichem Wege
durchgeführt werde.

Die Ursache für die Wahlüberlage sei in der Reichsopposition
zu suchen, deren Folge eine Vertrauenskrise der Mitgliedschaft sei.
Aber die SPD bekomme auch Zuwachs. Kurz vor der Wahl sei
ein höherer Polizeioffizier in Chemnitz zur SPD
übergetreten.

Die Partei müsse unter allen Umständen die Legalität in
ihrem Kampf, getreu ihrer Tradition, wahren. Man müsse ge-
rade sein.

den Parlamentarismus und die Demokratie bis zum
außersten zu halten luden,
denn daran (also am Stimmzettel) werde sich der Faschismus den
Kapf einrennen. Kein Mensch glaube sich an einen Erfolg des
Generalstreiks oder Massenstreiks gegen die faschistische Dis-
tanz!

In der Diskussion erklärte Schmidt, die SPD habe des-
wegen einen so großen Erfolg, weil sie ihren Kampf mit Begeiste-
rung und unerschütterlicher Willensführung Kertich führte aus:

„Die Haltung der Minister und führenden Parteigenossen
in der Koalition ist ein Standa! sonderbar. Man
hätte den Ausschlag dieser Leute herbei-
führen müssen, hat denen wählte man sie in den Reichstag
und heute noch hätten sie die Führung in der Partei. Es ist
kein Wunder, daß da das Verste... zum Teufel gehen müßte.
Sverlings Schiedspruch gegen die Arbeiter im Rheinland, im
Westfalen sei hocherrant an der Arbeiterklasse ge-
wesen. Kein Wunder, wenn die Faschisten sich darüber, daß
haben sie ja erst durch unsere Politik herausgelockt.“

Andere Diskussionsredner sprachen im selben Sinne und für
außerparlamentarische Aktionen. Im Schlußwort sprach
Böckel die Anwesenden, doch Vertrauen zur Führerschaft zu
haben. Im Partiausschuss standen uns 8-9 Oppositionellen
die Parteimehrheit von 40 Mann gegenüber. Es ist selbstver-
ständlich, daß wir uns da nicht durchsetzen.“

Hamburger SPD verweigert Brünings Getränksteuer

Hamburg, 1. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Hier kam es am Montag im Zusammenhang mit der Ver-
ratung der Bier- und Getränkesteuer in der Bürger-
schaft zu Unruhen, deren die Polizei nicht Herr werden konnte.
Die große Erbitterung der werttätigen Bevölkerung und der
Kleinwerkbetreibenden kam zur Entladung, als im größten
Saal Hamburgs, bei Sogebiel, eine vom Zentralverband der
Haft- und Schankwirte einberufene überfüllte Protestver-
sammlung, in der ein kommunistischer Abgeordneter unter
großem Beifall sprach, ihren Abschluß fand und die Massen
zum Rathaus demonstrierten, wo am Abend die Bürgerchaft
zusammentrat.

Auf dem Rathausplatz innerhalb der Pannelei sprach ein
kommunistischer Bürgerchaftsabgeordneter zu den erregten Massen
und zeigte ihnen den Weg des Kampfes gegen die Diktatur-
politik Brünings, die auch in Hamburg wie in anderen Städten
von der Sozialdemokratie und den Nazis mitgenutzt wird.
Die Erregung auf der Straße übertrag sich auch auf die Bürger-
schaft. Die Tribüne war überfüllt. Der sozialdemokratische
Bürgerchaftspräsident Kestenberg weigerte sich, dem kommunisti-
schen Abgeordneten das Wort zur Begründung des kommunisti-
schen Antrages zu geben. Die Tribüne forderte, daß der Kom-
munist sprechen sollte. So kam zu heftigen Auseinander-
setzungen. Zwei kommunistische Abgeordnete wurden durch
Kriminalbeamte aus dem Saal entfernt und zwei Monate
von den Beratungen ausgeschlossen.

Nach längerer Debatte wurde mit 83 gegen 53 Stim-
men die Einführung der Gemeindegetränkesteuer
von den Stimmen der Sozialdemokratie
abgelehnt.

Sie bauen eine neue Welt!

Das dritte Jahr des Fünfjahrplans beginnt — Gute Vorzeichen

Mit dem Monat September schließt das zweite Jahr des grandiosen Fünfjahrplans in der Sowjetunion ab. Die Bilanz dieses Jahres ist ausschlaggebend für die weitere Durchführung im kommenden Wirtschaftsjahr 1930/31. Was ist in der Sowjetunion bisher erreicht worden?

Der Industriebericht der Moskauer Zeitung „Sa Industralizacija“ vom 24. September für den Augustmonat und die elf Monate des laufenden Wirtschaftsjahres zeigen, daß es in der Sowjetunion mit Riesenschritten vorwärts geht. Der Plan wird nicht nur erfüllt, sondern in vielen und wichtigen Industrien überschritten.

Folgende Produktionssteigerungen sind in den einzelnen Industrien im August zu verzeichnen:

		in Prozenten vom Juli
Raphtha (in Tonnen)	1 647 430	102,7
Elektroindustrie (in 1000 Rubel)	14 428	130,0
Kabelproduktion (in 1000 Rubel)	10 100	113,0
Schwachstrom (in 1000 Rubel)	12 350	150,0
Akkumulatoren (in 1000 Rubel)	1 963	123,5
Rampen für Elektro	2 521	104,6
Zement (in Tonnen)	288 883	100,3
Holzwerke (geleimtes Holz)	28 938	107,1
Schieferplatten (1000 Stück)	8 260	105,9

Baumwollwaren (in 1000 Meter)	84 901	107,5
Wollwaren (in 1000 Meter)	11 233	100,4
Leinwandwaren (in 1000 Meter)	13 863	108,7

Im August beträgt die Steigerung gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres in der Schwerindustrie 38,5 Prozent und in der verarbeitenden Industrie 14,4 Prozent, insgesamt also 29,1 Prozent.

Die technischen Anlagen wurden außerordentlich verbessert. Trotzdem ist die Arbeiterkraft vermehrt worden. Allein in der staatlichen Schwerindustrie hat sich die Arbeiterzahl von August 1929 bis August dieses Jahres um 16,7 Prozent vermehrt. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter betrug im Vorjahr 2 263 233 und ist im August auf 2 641 988 gestiegen.

Dagegen ist die Arbeitslosigkeit sehr weit eingeschränkt worden und beschränkt sich nur auf Frauen und häusliche Elemente, die in die Städte gewandert sind.

Von der Gesamtarbeiterkraft arbeiten bereits 66,6 Prozent in der ununterbrochenen Fünfstagewoche.

Der Siebenkundertag konnte im Monat August weiter ausgedehnt werden. Arbeiteten im Juli 41,5 Prozent aller Arbeiter nur sieben Stunden täglich, so stieg die Zahl auf 42,5 Prozent im August.

Das sind die Erfolge des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion, während in den kapitalistischen Ländern durch die Krise ein dauernder Niedergang zu verzeichnen ist.

Das spanische Volk erhebt sich gegen die Diktatur

Provinz Galicia im Generalstreik

Bersährter Ausnahmezustand — Die Massen greifen an

Madrid, 30. September. Die revolutionäre Massenbewegung für die Abhebung des faschistischen Gouverneurs der Provinz Galicia hat, ausgehend von der Hauptstadt Lugo, die gesamte Provinz ergriffen. In den größeren Städten Santiago, La Coruna, Soutoedra, Vigo und Orense liegt das gesamte Wirtschaftsleben darnieder. Auch in den Landgebieten haben die Arbeiter im Kampf.

Die spanische Regierung hat die gesamte Provinz unter verschärftem Ausnahmezustand gestellt. In den größeren Städten sind Truppen konzentriert. Die Zivilgarde ist mit Maschinengewehren ausgerüstet worden.

Bei jeder Kundgebung der Streikenden kommt es zu Zusammenstößen mit der Polizei. In La Coruna und Pontevedra beträgt die Zahl der Verletzten über hundert.

In San Sebastian ist ein neuer großer Streik der Fischer ausgebrochen. Die ganze Fischereiwirtschaft ist lahmgelegt. In Malaga haben die Arbeiter Streikbrecher aus den Betrieben herausgeholt. In Las Palmas wurden mehrere besonders schamlose Unternehmer nach einem Zusammenstoß mit kämpfenden Arbeitern in das Krankenhaus eingeliefert.

Bravo, Arbeiterinnen!

London, 30. September. Der Korrespondent des „Daily Telegraph“ berichtet über große Demonstrationen japanischer Arbeiterinnen in einem Fabriksviertel von Tokio. Die Protestkundgebung richtete sich gegen die Entlassung von 500 Arbeiterinnen in einer Fabrik. Etwa 8000 Japanerinnen versammelten sich Solidarität für ihre entlassenen Kolleginnen große Demonstrationen.

Eine zahlreiche Menschenmenge, die revolutionäre Lieder sang und rote Fahnen schwenkte, schloß sich den Demonstrationen an. Ein hartes Polizeiaufgebot erwies sich

den Massen gegenüber machtlos. Zahlreiche Demonstranten und Polizeibeamten wurden verletzt. In dem betreffenden Fabriksviertel war der Verkehr für längere Zeit völlig lahmgelegt.

Protestiert gegen den verschärften Pilsudski-Terror

Entreißt drei Genossen dem Henker!

Aufruf der KPD. gegen das dreifache Todesurteil von Biala

Schon wieder eilt eine Schreckenonachricht durch die Welt: Wegen der Ermordung eines Polizeipolizisten verurteilte die polnische faschistische Justiz die Genossen Sosnowicz, Kiewicak und Kaban in Biala zum Tode durch den Strang.

Eben erst wurden durch den gewaltigen Proteststurm der Roten Hilfe in allen kapitalistischen Ländern die wegen Flugblattverbreitung zum Tode verurteilten Jungarbeiter Jungs, Girsh und Propter dem polnischen Henker entlassen. Das Todesurteil mußte unter dem Eindruck der gewaltigen Protestwelle aufgehoben werden.

Heute bereits holt die verschärfte Pilsudski-Diktatur, unter dem Schein der Befolgung der kleinbürgerlichen Opposition zu neuen blutigen Schlägen gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung Polens aus.

Im Namen von 190 000 Einzel- und 600 000 Kollektivmitgliedern erhebt die Rote Hilfe Deutschlands flammenden Protest gegen das neue Bluturteil in Biala.

Hungerstreik in Polen

Warschau, 30. September. Seit zehn Tagen befinden sich 180 politische Gefangene in Bialystok im Hungerstreik. Manche von ihnen sind schon schwer erkrankt. In der Stadt werden Gerüchte laut, daß einige der Hungerstreikenden gestorben seien. Das Gefängnis ist von der Außenwelt vollständig isoliert.

Der Arbeiterkampf in Bialystok hat sich eine ungeheure Erregung bemächtigt. Gegen die drei neuen Todesurteile sowie den unglaublich scharfen Wahlterror, die Massenverhaftungen und Folterungen von Gefangenen fanden Kundgebungen statt.

Umsturz in Ecuador

Buenos Aires, 30. September. In Ecuador sind der Präsident Agora und der Innenminister zurückgetreten. Der bisherige Kriegsminister Guerrero hat das Präsidentenamt übernommen.

Der Sturz des bisherigen Präsidenten ist die Folge einer starken revolutionären Bewegung im Lande. Wie weit es zu revolutionären Aktionen in Ecuador gekommen ist, ist infolge der großen Zensur noch nicht festzustellen gewesen.

Ecuador ist der vierte südamerikanische Staat, der im Gefolge der Weltwirtschaftskrise innerhalb weniger Wochen einen Umsturz erlebt hat.

Neues Urteil im ungarischen Monsterverfahren

Budapest, 28. September. Heute wurde das Urteil gegen die zweite Gruppe der angeklagten Kommunisten, gegen welche die Verhandlung bekanntlich geheim geführt wurde, verkündet. Es erhielten Genosse Szabes zwei Jahre und vier Monate Zuchthaus, Nemes und Kosa je drei Jahre Zuchthaus. Zwölf Angeklagte wurden zu Gefängnisstrafen von vier Monaten bis zu zwei Jahren verurteilt. Drei Angeklagte wurden freigesprochen.

Neu York, 30. September. Etwa 300 streikende Angestellte einer Konfektionsfirma veranstalteten auf der fünften Avenue eine Kundgebung gegen Streikbrecherinnen. Die Polizei verhaftete 27 Frauen und drei Männer.



(Copyright by Internationaler Arbeiter-Verlag, Berlin.)

2. Fortsetzung.

In diesem „Ach so“ lag alles mögliche. Angst, Eifersucht und Genugtuung. „Na, dann bleib' nicht zu lang!“ Franz wußte nicht, ob er sich ärgern oder ob er lachen sollte. „Was willst du erst mal tun, wenn ich verheiratet bin?“

Martin brummte: „Am besten ist's, du heiratest sie!“

„Du Wödel!“

„Nun lachst du selbst. Sie wüßte dabei, einer alten Gewohnheit gemäß, mit einem Schürzengipfel in den Augenwinkeln.“

„Weißte, Wüdel, mit dir muß man schon seine Geduld haben!“

„Sch, geh, du Dumme! Groß' Theres, sag' ihr, sie soll dich nicht wieder so lange da halten!“

Martin spuckte geräuschvoll in den Kohlenkasten.

„Schlaf gut!“ sagte Franz in der Tür. „Es kann spät werden!“

„Ich mach' dir heut' einen Ziegelstein heiß fürs Bett!“ sagte sie nun zu Martin.

„Die Dieb' wär' mir lieber!“

Martin verfolgte mit den Augen eine Schwabe, die die gegenüberliegende Wand hinaufkroch. Der einen folgten noch mehrere. Sie krochen aus den Oefen, wo es ihnen zu heiß wurde.

„Die Dieb' fühlen sich bei uns wohl! Sie meßten sich heute mittags und trafen uns eines Tages auf!“

Frau Kreul nahm einen Lederpantoffel und drückte eine nach der anderen fest. Dann nahm sie einen Topf heisses Wasser und goß es in die Holzspalten und Wandlöcher hinein.

„Ob es bei dem Herrn Inspektor auch so zugeht? Das wär' so was für den!“ Martin lachte auf. „Was meinst du, alle, das war mal für das fette Schwein, so 'ne Jagd! Dann verging ihm die Lust, seine Kumpels für jeden Dreck zu schikanieren! Katerlaffen in der Bude, im Freien, überall! Das wär' was für den! In einer Drohse fährt er, damit er rasch von einem Pütz zum anderen kommt! Dann steht er schon morgens früh am Schacht und treibt sie auf den Kord, oder notiert die Kumpels ins Straßbuch, der Kohlenstak!“

Frau Kreul hatte gründlich gesäubert.

„So, nun paß' dich rein!“, sagte sie, als sie die Steine in einige Tücher gewickelt und ins Bett gepackt hatte. Martin schwand wie ein großer, schwankender Schatten in der Kammer. Er ging mit den Hühnern ins Bett.

II.

Als Franz Kreul die Wieskammer betrat, ergriff ihn der Märzsturm, verwickelte sich in seinen Mantel und getrie daran herum.

Vor einer Kaserne in der Wilhelmstraße machte er Halt. Franz pochte an eine Portierstube. Er hörte die zänkische Stimme des alten Trauten.

„Herein!“ rief Theres und riß die Tür auf. „Na, kommst du endlich?“

„Wie du siehst!“ sagte Franz und wickelte sich aus dem Mantel, der von Wasser trief. „Sauerwetter! Die Nacht halt kein Kater draussen aus!“

Auf dem neuangemachten Lederlofa sah Trauten und blätterte in einem Buch. Trauten mochte etwa fünfzig Jahre alt sein und hatte die bläulichen Narben und Kohlenprenkel des Bergarbeiters im Gesicht, das trotzdem frisch und gesund aussah. Er war Sozialdemokrat und gab sich Mühe, das auch noch auferhin zu zeigen.

„n Abend, Jakob!“

„n Abend!“

„Sag' dich!“ Theres schob Franz einen Stuhl hin und ließ sich träge in eine Soffade fallen.

„Sag' du schon in der Zeitung gelesen?“ fragte Trauten und

schob sich aus einer braunen Doje eine Pfeife in das eine Kassenloch, dann eine zweite in das andere.

„Kur so obenhin, die Alte hat mir wieder ein Theater gemacht!“ erwiderte Franz.

„Sie hat auch recht! Gud dir mal das Zeug an, was da wieder dringeschmiert steht!“ Trauten schob ihm das „Kater-Edo“ hin. „Die reinste Gespensterseherei!“

Franz griff nach der Zeitung und überflog sie.

Trauten erwiderte sich: „Die Regierung muß es wieder können! Eine offene Aufforderung, sie zu befechtigen! Das nennt sich Arbeiterpolitik! ... Moskauer Zustände will man in Deutschland einführen! Alles, was die Regierung macht, ist nicht richtig! Was ist nach eurer Meinung eigentlich richtig?“

Franz erinnerte sich an ein Gespräch mit seinem Kumpel Fritz Raup, der ihn vor einigen Wochen in die Unabhängige Sozialdemokratische Partei aufgenommen hatte. Der war für den Sturz der Regierung und für die Errichtung der Arbeiterdiktatur. Was Fritz Raup damals sagte, war auf jeden Fall richtig.

„Die Regierung ist nicht die, die für uns Arbeiter was herausholt — das sagt Fritz Raup“, erwiderte Franz. „Eine Regierung, die ihre Macht auf die Maschinenengewichte der arbeitenden Reichswehr baut, muß fort!“

Trauten fuhr auf: „So! Von Raup, dem Quertopf, kann man nichts anderes erwarten! Was wollt ihr dann, wenn die Regierung geht?“

„Na, dann übernehmen wir sie!“

„So! Du etwa? Oder Raup? Wer übernimmt sie? Einen Dreck übernimmt ihr! Der Karren ist tief genug hineingefahren.“

Franz schloß sich verpflichtet, die Meinung seines Kameraden Raup zu verteidigen: „Wer hat den Karren ringsum?“

„Wer?“ — Trauten jaspie. Er suchte nach einer passenden Antwort.

Seine Vertuschung gab Franz neuen Mut: „Wer anders als diese Regierung selbst! Was hat die für Plunder anhängen! Die ganzen Offiziere von früher, die uns für die hohenoller und ein paar Freischäfer in die Gräben getrieben haben, sollen die Republik schützen! Das nennt sich Arbeiterregierung!“

Theres wurde unwillig: „Läßt doch den Quack!“

(Fortsetzung folgt.)

Dresden-A.

Hänel ist stadtbekannt für gute Ware und niedrige Preise 5% Rabatt Annenstr. 48, an der Annenkirche 0976

Bei **Aggräme** und **Nerven** Schmerzen **Atos Nervenpulver** Germania Apotheke, Wettinerstr. 29

Lose oder Lotterien empfiehlt **Adolph Hessel**, An der Kreuzkirche 1 0909 Referiert für Sie

Butter-Großhandlung Spezialität: Dänische und mecklenburgische Butter **Paul Singer**, Falkenstr. 7 0967

Optiker Ed. Wiegand Wallstraße 8 0937

Rudolf Dörschmidt, Nejenstr. 29b Schube für Strich und Metall Reparaturwerkstatt 0900

Optiker Schulze Freiburger Straße 5 bedient Sie zu Ihrem Vorteil 0420

Blousen-Ecke Aeltestes Spezialgeschäft für Blusen u. Kleider / Webergasse, Ecke Altmarkt 0920

Werkzeuge für jedes Handwerk, für den Haushalt Eisen-, Stahl-, Holzwaren, Fenster-, Tür- u. Möbelbeschläge, Feid- und Gartengeräte, Dekorations-Artikel

E. Harnapp Dresden-A., Kreuzstraße, Tel. 13435 und 13462 0926 **Möbelhaus Schneider** Große Zionsstraße 9 Möbel gut und billig Solinger-Gesellschaft 0974

Radio - Spezial - Haus Grohmann Dresden Reithbahnstraße 3 0925

Vervielfältigungs-Apparate und ähnliche Zulehler / Kurt Freytag, Keitzastraße 27, Fernsprecher Nr. 20110 0924

Tabakwaren H. Fülle Moritzstraße 15, Ecke Schleißgasse 0607

Brambacher Sprudel Generaldepot Hermann G. Müller Am Schießhaus 11 0924

Stiftshof Verkehrslokal der organisierten Arbeiter Vereinskammer Wettinerplatz, Ecke Südtstr. Freitag, Sonnab., Sonntag Unterhaltenjeweils 0404

Schallplatten Sprechapparate **Musikalien Zauberflöte** Wettinerstraße 35 0904

Schreibmaschinen, Vervielfältigungs-Apparate in jeder Preislage Papier und Zubehör

Curl Träger, Zirkusstraße 7 Tel. 18 950 7081

Sedser-Kneipe Poppitz 13 Arbeiterverkehrslokal 0932

Dresden-Löbtau

Viktoria Drogerie Kreuzsdorfer Str. 30 Drogen - Parben - Lache 0902

Drogerie zum weißen Kreuz Alfred Sachsenröder Kesselsdorfer Straße 24 Tel. 16682 0901

Max Schmalz Feine Fleisch- und Wurstwaren Wernerstraße 44

Mag Scheibe Lübecker Straße 2 Kronprinzenstraße 51 Telefon 17821 Kartoffeln / Futtermittel

Fein- und Weißbäckerei **Herm. Kosche** Kesselsdorfer Straße 5 und 42 Wallwitzstraße 35 0977

Der **Verein der Bierhändler** von Dresden u. Umgegend e.V. empfiehlt seine vorzüglichen Flaschen-Biere hiesiger und auswärtiger Brauereien sowie Mineralwasser und Limonaden

Referenz 150 0721 **Gasthof und Ballsaal Bürgergarten** Lübecker Straße 16 Freitags und Sonntags mod. Ball Verkehrslokal der Dresdner Arbeiterschaft 0790

Möbelhaus Richard Schmieder empfiehlt seine große Auswahl in Möbel aller Art Kesselsdorfer Straße 17 im Hause der Muffenhalle 0900

Alwin Ritscher Getreidehändler, Ede Wallwitzstraße 61 0905

Wild / Oekügel / Feintoft Oskar Grundmann Kesselsdorfer Str. 18 - Ruf 10 802 0903

Konditorei u. Café Paul Müller u. Kell. und Restauration Kesselsdorfer Straße 11 0799

Ernst Berthold Kesselsdorfer Straße 1 Ede Winaustraße Obst - Süßfrüchte - Konerven Grünwaren 0906

Paul Hausmann, Kesselsdorfer Str. 18 Feine Oberwaren und Konfektwaren 0799

Butterhandlung „Coreleh“ Kesselsdorfer Straße 12 Spezialgeschäft für Butter, Eier, Käse - Fett- und Fleischwaren 0904

Restaurant Zur guten Quelle Inh. Erich Schneider Frankenberg, Ecke Kelsowitzer Straße 0797

Ärztlich empfohlen **Briesnitzer Mineralbrunnen** GESUNDHEITSFÖRDERND

Bäckerei, Kaffeehandl. Karl Wilsch, Dresden-Südlich Kesselsdorfer Straße 222 Telefon 27 019 0799

Ernst Stiller Kesselsdorfer Straße Nr. 74 Spezialgeschäft für Leder, Felle, Pelze 0796

Gerhard Römer Saalhausener Straße 1 Delikatessen - Konserven - Kolonialwaren 0793

Dampfwaschanstalt **W. BRUCHHOLD** Eberplatz 12 / Tel. 15728 und 14627 Haushaltswäsche / Gewichswäsche 0794

West-Apotheke Freiburger Straße 120 Allopathie Homöopathie Anfertigung sämtlicher Krankenkassenzertifikate 0901

Dresden-Cotta

Wasch- und Plättanstalt Gardinenspannerei Paul Jähmlich Hirschgasse 30 0926

Bogi's Lebensmittelgeschäft Weidenhaldstraße 58 0925

Turmhaus Gute Lokalküchen mit großem Gesellschaftssaal u. Kegelbahn 0925

Kurt Ködritz Gottfried-Keller-Straße Ede Steinbacher Straße Feine Fleisch- und Wurstwaren 0929

Arthur Pieper, Uhrmacher Walthaer Straße 10 Großes Lager in Uhren und Goldwaren / Eigene Reparaturwerkstatt 0915

Zum Weinbauer Cotta Sebbelstraße 24 0932

Emil Neuwirth, Hirschgasse 41 Kolonialwaren und Hauswirtschaft 0927

Oberlausitzer Landmolkerei Pennriehner Straße 27 O. Kiedel, Inh. K. Adam 0920

Butterhaus Kleeblatt Joh. Otto Spemann Klopffackstraße 44 0924

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei **Otto Backofen** Kronprinzenstraße 13 7226

Bruno Gräfer Cosselbader Straße 22 Schultreparatur und Lederhandlung 0931

Sonnen-Apotheke Hamburger Straße 83 / Anfertigung sämtlicher Krankenkassenzertifikate / Allopathie / Homöopathie 0935

Hochschlächterei Walter Leichmann Sebbelstraße 3 0933

Weidenhald's Hof Weidenhald, Ede Wilhelm-Bray-Straße 6209 Verkehrslokal bei Arbeit 0929

Hänel's Textilwaren Warthaer Straße 24 0916

Frieda Arnold, Deutscher Str. 27 Lebensmittel 0919

Lebensmittelgeschäft Paul Müller Deutscher Straße 19 0915

Möbelhaus Hugo Liebig empfiehlt seine große Auswahl in Möbel aller Art / Pennriehner Str. 32 0921

Lebensmittel Lydia Bergemann Weithner Landstraße 1 0930

Alfred Rudolph, Weidenhald-Drogerie Dresden-Cotta, Gottfried-Keller-Straße 66 7227

G. Burm Odrichner Straße 3 Lebensmittel Delikatessen 0934

H. Hühnel Schuhwarenhaus Warthaer Str. 23 0917

Dresden-Friedrichstadt

Arthur Barthel Drogen / Photo / Farben Friedrichstraße 15 7220

Josef Müller's Restaurant Schäferstraße 24 7220

MAX SCHÜTZE Dampf-Wasch- u. Plättanstalt u. Schieferstraße 49 7231

Apotheker Hans Steinbach / Drogerie Schäferstraße, Ecke Mangerstraße 7238

Dampfwaschanstalt Vorwerkstraße 26 7234

Möbel-Fabrik Richter & Mühlert Ausstellungsraum Weidenhaldstraße 14, Ecke Friedrichstr. 7236

Bellevue Freitag, Sonnabend und Sonntag ff. Ballmusik Saal u. Vereinszimmer best. empfohlen 7236

Kurt Pellers H. Fleisch- u. Wurstwaren / Metzgerei, Ecke Schäferstraße 0914

Dresden-Prohlis Kurt Ködler, Tormaer Straße Lebensmittel, Obst, Grünwaren, hauswirtschaftliche Wurstwaren 7223

Gasthof „Prohlis“ Jeden Sonntag Ball, sowie bekannte Ausflugslokalität 7251

Dresden-Johannstadt

H. Mann's Papier-Edel Kießelstraße 2, Ede Holzbeinplatz 0930

SCHMELZER Große Ausw. Hohe Tüll-Zählung Ziegelstraße 19 0930

Milch, Butter, Eier, Käse, Joghurt **Melde**, Holbeinplatz 7 0906

Zigarren-Wagner Ziegelstraße 1 Waffel-Zigarren - Kautabake 0933

Musikhaus Otto Friebe Größtes Geschäft der Branche Gegründet 1902 Ziegelstraße, Eckhaus Steinstr. Reserviert

Leder u. Schuhmacher-Bedarfsartikel **W. Wagner**, Ziegelstraße 60 0924

Dresden-Leubnitz „Lambrandt“-Drogerie Drogen - Farben - Photo Plankenstraße 18 0925

Damen- u. Herren-Hüte, Spez. Hüte, Schm. Paul Ködler, Hirschgasse 16 7220

Dresden

Dresden-Sachsen

Rosen-Drogerie Schandauer Straße 4 Referenz und Hauswirtschaft - Tel. 8101 0929

Wilhelm-Brot Überall erhältlich 0916

Kaffeehütte „Dahlem“, Walthaerstraße 12 Ede Tschertstraße, Fernsprecher 8107 0945

Fisch- und Delikatessen-Handlung H. Seifert, Wittenberger Straße 90 0941

Strümpfe, Wollwaren / Hoffmann 8% für Qualitätswaren 0942

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei **Rincens Kuppferle**, Tschimmerstr. 38 0967

Kaffeehütte „Deutsche Eiche“ Kautabake 1 Telefon 8199 0943

Bäckerei - Konditorei - Café **Oswald Pabelt**, Schandauer Str. 79 Telefon 31708 0944

Kolonialwaren **FELIX VOGEL** Eibenburger Straße 5 0903

Schuhreparaturen solid und preiswert **Otto Henze** Altstrassen 7 0938

Dresden-Kleinzschochwitz Arbeiter, kauft in „Riemanns Schuhhaus“, Putzaminstraße 2 0922

Billig und gut kauft man im **Kaufhaus Dietrich** Kleinzschochwitz 2 0915

Selbnitz

Willy Hennig, Winterbergstraße 74 ff. Fleisch- und Wurstwaren Delikatessen u. Kolonialwaren 7230

Alfred Fleck, Bäckerei u. Konditorei Bodenbacher Straße 114, Tel. 31447 7053

Dresden-Loschwitz **Gasthof zur Eule** Jeden Sonntag Ball Paul Bohrer, Grundstraße 100 0945

Dresden-Reick

Rudolf Weigle, Mügelner Straße 2 Brot-, Weiß-, Feinbäckerei Spez. Kugeln-Brot 0923

Kolonialwaren - Delikatessen **Jacob Ködler**, Albrecht 2 7254

Dresden-Laubegast Dentenstrümpfe meine Spezialität Überenden, Fingerringen, Kramotten, Mägen, Socken, überhaupt alles zur Bekleidung **E. Brodhaus** Dresden-Laubegast, Fährstraße 4 6 Prozent Einkaufs-Rabatt! 7053

Kenner kaufen Kosa Schokoladen, Pralinen, Kakao 100 eigene Verkaufsstellen 0420

Chemische Reinigung Kleiderfärberei, Großwäscherei **W. Kelling** Dresden Filialen überall 7150

Geistertlopferei in der SPD

Die Sozialdemokratie hat sich ein neues Betätigungsfeld ausgesucht. Das Halle'sche Volksblatt vom Sonnabend verkündete im Vereinstalender folgendes:

„Ammerdorfer. SAJ. Montag, 29. September: Fortsetzung des Vortrages und Diskussionsabend über „Oktaktismus“ mit praktischen Beispielen wie Hypnotisieren. Kommt alle, denn der Abend verspricht interessant zu werden.“

Es muß doch zu schön sein, Geister zu beschwören. Wie wir erfahren, hat der Geistespat der Ammerdorfer SAJ einen ernsthaften politischen Hintergrund. Führende Köpfe der SPD haben nämlich darüber nachgedacht, wie es möglich sei, die bösen Geister, die sich - wie dies das Wahlergebnis beweist - offensichtlich gegen die SPD verschworen haben, fortzuschleichen und die „guten Geister“, von denen die Partei des Steuerzahlers immer mehr verlassen wird, heraufzubeschwören. Nach langem Grübeln hatten sie es heraus: Wir betreiben Oktaktismus, Geisterlopferei. Die Jugend, die auf Grund der Wahlniederlage der SPD förmlich etwas ungehalten ist, kann bei dieser Gelegenheit gleich zum „unnützen“ und „fruchtlosen“ politischen Diskussionsabend abgelenkt werden.

Also geht der Spuk los. Alle sitzen um einen Tisch, die Hände leise auf die Matte gelegt. Dann wird das Licht ausgedreht und ein SPD-Bonze läßt an zu murmeln: „Hofuspokus, dreimal schwarzer Kater - Geister herbei, vertratet uns: Wie kann die SPD ihre davongelaufenen Wähler wieder einjagen?“

Was ist das eigentlich, Oktaktismus?, wird mancher fragen. Wo schlagen wir mal das Fremdwörterbuch von Wilhelm Liebknecht auf. Da steht: „Spiritus (das heißt wie Oktaktismus): Glaube an die Möglichkeit eines Verkehrs mit den Seelen Verstorbener durch Beschwörung, Geisterlopferei, Zaubermittel und sonstigen Blödsinn.“

Und mit solchem Blödsinn betreibt die SPD „sozialistische“ Jugenderziehung.

Spiel mit Menschenleben

Verkehrsunfall fordert ein Todesopfer

Am Montag gegen 17 Uhr wurde auf dem Wiener Platz eine 24jährige Näherin aus Meißen von einem Personentransportwagen erfasst und überfahren. Der Wagen geriet auf den Fußweg, der den Vorplatz der Autobusse umläuft, und kam erst auf dem Vorplatz selbst zum Stehen. Das Mädchen wurde mitgeschleift und dann schwerverletzt unter dem Wagen hervorgezogen. Sie wurde dem Krankenhaus zugeführt. Nach den Feststellungen der Unfallkommission ist der Fahrer ein ehemaliger Metzger, jetzt Obsthändler, der den kürzlich erworbenen Wagen schon seit Monatsfrist gefahren hat, ohne die Prüfung abgelegt zu haben oder einen Führerschein zu besitzen. Er ist auch nicht versichert. Die Polizei hatte ihn festgenommen, dann aber wieder entlassen, da er seinen festen Wohnsitz in Dresden hat. Das schwerverletzte Mädchen ist gegen 20 Uhr im Krankenhaus gestorben.

Verkehrsunfall. Am Montag geriet auf der Freiburger Straße ein Personentransportwagen, der einem Schnellwagen auswich, auf den Fußweg und fuhr in das Schaufenster eines Metzgers. Ein 23jähriges Mädchen, das vor dem Fenster stand, wurde mehrfach verletzt.

Sturz vom Sengerüst. Am Montag brach auf einem Neubau auf der Radetzkystraße ein 53jähriger Bauarbeiter durch ein anderthalb Meter hohes Gerüst. Mit schweren inneren Verletzungen wurde er dem Krankenhaus zugeführt.

Ueberfall im Bahnwärterhaus? In ein Bahnwärterhaus an der Straße Arnstadt-Virna drang, nach einer U-Meldung, ein etwa 50 Jahre alter Mann ein und verlangte von der allein anwesenden Bahnwärtersfrau Geld oder Schmuckstücke. Als die Frau entgegnete, daß sie weder Geld noch Schmuck habe, fiel der Mann über sie her, würgte sie und drückte ihr die Hand in den Mund. Er zwang die Frau schließlich zur Herausgabe von 1 RM. Als ein Güterzug nahte, ergriff er die Flucht und entkam unerkannt.

Die siebente Dresdner Elbbrücke fertiggestellt

Dresden hat die weitest gespannte Blechträgerbrücke der Welt

In Monaten schwerster Arbeit hundert kapitalistischer Techniker ist die Brücke am Flügelweg entstanden, die den beiden öffentlichen Verkehrsbetrieben übergeben wird. Wir erhalten vom Städt. Tiefbauamt einen Ausfluß, dem wir folgendes entnehmen:

Das Haupttragwerk des Stahlüberbaues der Brücke am Flügelweg besteht aus drei einwandigen, etwa 5 Meter hohen Blechträgern, die als durchlaufende Balken über vier Öffnungen mit den Stützweiten 65, 115, 65 und 40 Meter ausgebildet sind. Diese im gegenseitigen Abstand von 4,5 angeordneten drei Hauptträger werden alle 5 Meter durch starke Querverbände zu gemeinsamem Tragen gezwungen. Da bis heute Bleche nur bis zu einer Breite von 2 Meter ausgewalzt werden können, mußten die Träger eine Längsnacht erhalten. In Höhe dieser außen deutlich sichtbaren Nacht liegt innen ein wogerechter Windverband, auf dem in einfacher Weise die zahlreichen Kabel und Rohre sowie ein Laufsteg für die Brückenuntersuchung unterzubringen sind. An den Stellen der Querverbände sind nach außen 4 Meter weit ausragende Konsolen angebracht. Die gesamte Stützweite der Brücke beträgt also jetzt 17 Meter, von denen 11 Meter auf die Fahrbahn und je drei Meter auf die beiderseitigen Gangbahnen entfallen.

Wenn dieser Ausbau später dem Verkehr nicht mehr genügt, soll die Ruhbreite auf 25 Meter erhöht werden, indem auf jeder Seite ein neuer Hauptträger hinzugefügt wird. In den beiden neu entstehenden tunnelartigen Räumen kann die geplante Schnellbahn Virna-Meißen durchgeführt werden, die also dann auch im Bereich der Brücke eine Unterflurbahn ist. Der Strömungswiderstand wird später sechs Verkehrsleuchten und beiderseits je einen Radfahrweg erhalten.

Das Gewicht des gesamten Stahlüberbaues beträgt 2600 Tonnen. Hieron entfallen 1900 Tonnen auf die Hauptträger, die aus hochwertigem, gepulvertem Baufluß hergestellt wurden. Die Verwendung dieses Stahles hat eine bedeutende Gewichtsersparnis zur Folge, denn er darf um 50 Prozent höher belastet werden als der gewöhnliche Baufluß. Der hochwertigere Stahl wird erst seit einigen Jahren von den Hüttenwerken geliefert. Deshalb sind bisher erst wenige weitgespannte Blechträgerbrücken gebaut worden. Die Nebenträgerkonstruktion,

für die das Gewicht keine so große Rolle spielt, sind aus dem gewöhnlichen Baufluß und die Lager aus Stahlguß hergestellt.

Mit den Tiefbauarbeiten ist im Mai 1929 begonnen worden. Die beiden Hauptträger, die die weitaus größten Lasten aufnehmen haben, maßen 7 Meter tief bis auf den Pfannenfuß gerundet werden. Der Bodenansatz und das Betonieren geschah in offener Bauweise zwischen eingerammten eisernen Spundwänden. Der Landpfeiler auf Reusdöbler Seite und die beiden als Hohlkörper ausgebildeten Brückentöpfe sind auf Kies gegründet worden.

Diese Arbeiten wurden durch gutes Wetter und niedrigen Wasserstand (und durch räumliche Untereinander der Arbeiter! - Red. d. Arbeiterstimme) so beschleunigt, daß die Unterbauten bis zum November fertiggestellt waren. Unterbauten waren auch die ersten Werkstücke in den Brückenbauanstalten zusammengedrückt worden. Es konnte daher bereits im Dezember mit der Aufstellung des Stahlüberbaues begonnen werden.

In den Wintermonaten wurden zunächst die Landöffnungen auf festem Gerüst überbrückt und in den Monaten März und April ist dann die Brücke über dem eigentlichen Strom frei vorgebaut worden, so daß die Schifffahrt in keiner Weise behindert wurde. Mit Hilfe von Derrickkranen, die auf den beiden fertiggestellten Teilen liefen, wurden die einzelnen 10 Meter langen und bis zu 13 Tonnen schweren Werkstücke angehebt. In der Mitte war eine Lücke von 30 Zentimeter gelassen worden, für die nach genauem Maß besondere Kastenstücke angefertigt waren. Damit war die Hauptarbeit getan.

Kunnen wurden die Konsolen und das Geländer montiert und zwischen den Hauptträgern Kuppelbleche aufgebracht und mit Beton ausgefüllt. Sodann wurde die Brücke durch Asphaltpappe abgedichtet, während gleichzeitig die Gangbahnenplatten verlegt wurden. Schließlich war noch die eigentliche Fahrbahndecke herzustellen, für die Kleinspläher vorgesehen war. Der Stahlüberbau erhält jetzt einen Aluminiumanstrich, durch den der metallische Charakter des Bauwerks zum Ausdruck kommt.

Die neue Dresdner Elbbrücke mit ihrer Hauptstützweite von 115 Meter ist heute die weitest gespannte Blechträgerbrücke der Welt.

Werbt für euer Organ, die Arbeiterstimme.

In alle Schichten der werktätigen Bevölkerung das Kampfblatt der KPD!

Arbeitskollege! Du lebst in einer Zeit voller Kämpfe, Härten und Ungerechtigkeiten. Auf der einen Seite Millionen-Gewinne, Luxus und Heberflaß, auf der anderen Seite Hunger, Unterernährung und für Millionen das trübe Los der Arbeitslosigkeit.

Im Betriebe hegt dich die Affordrücke der Unternehmer. Der Lohn zum Unterhalt der Familie reicht nicht aus. Auf dem Markt steigen die Preise der notwendigen Bedarfsgegenstände. In Hause erhöht man keine Miete.

Ihr Arbeiterfrauen leidet darunter doppelt. Weniger Lohn als der Mann und nach Arbeitschluss warten auf euch Haushalt, Kinder, Sorgen um Nahrung und Kleidung. Die Fürsorge ist gänzlich unzureichend. Das Geheiß zwingt die Arbeiterfrauen, zu gebären, kümmerst sich aber nicht darum, womit sie ihre Kinder ernähren und erziehen.

Ihr Gewerbetreibenden, auf eure Schultern laden Staat und Gemeinde Steuern und Lasten aller Art, während Großgrundbesitzer und Fabrikanten in jeder Weise Begünstigungen erhalten. Eure Söhne und Töchter müssen Lohnarbeit verrichten und vermehren so das Heer der schicksalbedrängten Proletariat und Erwerbslosen.

Ihr Angestellten und Kleinbeamten, eure Gehälter reichen, weder zum Leben noch zum Sterben. Man verlangt von euch höhere Leistungen, Senkung des Reallohnes, außerdem liegen Hunderttausende abgehaut auf der Straße.

Um euch in all diesen Wirrnissen zurechtzufinden, braucht ihr eine zuverlässige Freundin und Beraterin, die „Arbeiterstimme“. Sie ist die zuverlässige Führerin in dem Ringen aller Unterdrückten und Ausgebeuteten gegen ihre Unterdrücker und Ausbeuter.

Die „Arbeiterstimme“ ruft die werktätigen Massen auf gegen die internationale Front der Ausbeuter, Kriegsheer und des Faschismus die rote Einheitsfront der Schaffenden aller Länder zu bilden. Die „Arbeiterstimme“ vertritt allein den Grundgedanken des entschlossenen proletarischen Klassenkampfes gegen In- und Auslandskapital, gegen kapitalistische Nationalisierung, für den Achtstundentag, für die politische und wirtschaftliche Macht der Arbeiter und Bauern.

Die „Arbeiterstimme“ nimmt auch gewissenhaft Stellung zu den kleinsten Sorgen eures täglichen Lebens, eurer Arbeit, eurer Wohnung, eurer Familie. Sie vertritt in allen Fragen den vom wissenschaftlichen Marxismus erkannten und diktierten Standpunkt. Sie beurteilt daher jede auftretende Frage ausschließlich und konsequent im Interesse des Proletariats.

Schreibt an unsere Redaktion, oder kommt selbst, so oft ihr etwas auf dem Herzen habt. Helft mit durch wahrheitsgemäße Mitteilungen die „Arbeiterstimme“ zu einem wirklichen Volksblatt zu machen. Seht euch mit ein zur Aufklärung der noch indifferenteren Massen. Werbt für die „Arbeiterstimme“. Steht vor in den Familien der sympathisierenden Arbeiter, Bauern, Angestellten und Beamten. Sorgt für den Hinauswurf der bürgerlichen und sozialfalschlichen Presse aus jeder Arbeiterwohnzone, aus der Stube der arbeitenden Frau. Auch die sozialdemokratische Presse kann euch keine Helferin und Nährerin im Kampfe sein. Die Sozialdemokratische Partei ist nicht für den proletarischen Klassenkampf, sondern für Koalition mit den bürgerlichen Parteien, denen sie bisher geholfen hat, die deutsche Revolution niederzuschlagen und dem Faschismus den Weg zu ebnen zur Niederhaltung der arbeitenden Klasse.

Eine deutsche Bergarbeiterfrau schreibt:

„In Rußland brauch ich nicht nachts zu grübeln, wie ich weiterkomme!“

Auch eine Antwort auf die dumme und niederträchtige Heze der Dresdner Volkszeitung und des sozialdemokratischen Stadtverordneten Rösch

Dummheit und Niedertracht zeichnen die Feinde des proletarischen Rußland aus. Vor wenigen Tagen veröffentlichten wir einen Artikel, der sich gegen die in der SPD-Presse veröffentlichten Lügenberichte wendet und sie als das Wert bestochener Elemente kennzeichnet. So dumm und niederträchtig die Erzählungen dieser von der SPD-Bürokratie gekauften desillusionierten Verleumder ist, die Volkszeitung bringt sie in ihrer Beilage „Leben, Wissen, Kunst“. Der sozialdemokratische Stadtverordnete Rösch benutzte den Anlaß der Haushaltsplandebatte am Montag, um mit diesem Material die „hundertmahlige Lüge“ der russischen Arbeiter „nachzujemen“ und dem Genossen Gruner, der 7 Wochen in der Sowjetunion gewesen ist, zu sagen, „er habe sich Potemkinische Dörfer“ vorleihen lassen. Diese niederträchtige Gefegenerung des ersten proletarischen Staates der Welt wird nicht nur von den von uns bis jetzt veröffentlichten Briefen ehrlicher Proleten Lügen getrieben. Am Herrn Rösch als gewissenlosen Rußlandhölzer zu entlarven, brauchen wir es, was eine deutsche Bergarbeiterfrau aus Rußland berichtet. Eins sei vorausgesetzt: Die Schreiberin des Briefes war gegenüber Sowjetrußland äußerst kritisch und mittrauisch eingestellt, brachte es jedoch nicht fertig, gegenüber der Heze in der bürgerlich-sozialdemokratischen Presse und der nach Deutschland zurückgekehrten Verleumder zu schweigen und äußerte sich wie folgt:

„Liebe Schwägerin! Euren Brief haben wir erhalten und hat Theodor sofort an Hannes wieder geschrieben. Mir gefällt es ganz gut hier. Es ist ja einiges nicht so bequem wie in Deutschland, es ist hier nämlich sozialogener wie auf dem Lande, wo es allerdings Bequemlichkeiten gibt wie in der

Stadt. Ich mag nicht mehr nach Deutschland zurück, nur einmal zum Besuch.“

Hier haben wir ein sorgenloses Leben, ich brauche hier nicht nachts, anstatt zu schlafen, zu grübeln, wie man weiterkommt. Theodor ist wie umgewandelt, er hat hier den ganzen Tag Beschäftigung. Er arbeitet im Hause der Wirtschaftskommission und hat auf der Erde jede schwindende Arbeitszeit und jeden fünften Tag frei. Es gefällt hier den meisten Männern außer einigen Ausnahmen, und das sind solche Leute, die sich gern überall herumtun, nachdem sie sehen, daß ihnen das hier nicht gefällt, mit den Säufern, die hier nicht lang können, nun auf Rußland schimpfen und die schlimmsten Lügen erzählen.“

Wenn man hier erfährt, was da in Deutschland für Märchen über Rußland erzählt werden, dann ist man sprachlos. Einige haben auch geschrieben, als wenn es hier so wenig zu essen gäbe. Von den letzten drei Tagen nachfolgend das Mittagessen: 1. Tag: Suppe, Gulasch mit Kartoffeln, ein Glas Apfel-... 2. Tag: Suppe, Kartoffeln mit Kartoffeln, Apfel-... 3. Tag: Suppe, Schmelzbraten mit Kartoffeln, Apfel-... usw.“

„Weber die zurückgekehrten Bergarbeiter, die der Volkszeitung und Herrn Rösch das „Material“ zur Rußlandheze liefern, schreibt die Bergarbeiterfrau:

„Diese Leute sollen sich sofort in Charkow geäußert haben, sie bleiben nicht in Rußland, sie fahren wieder weg, und man muß annehmen, daß sie nur nach hier geschickt worden sind, um eine Heze über Rußland vor der Wahl zu verbreiten...“

Empfange Du, wie auch S., S., M., A. herzlichste Grüße von Deiner Schwägerin Hannes.“

Soweit die Feststellungen einer Bergarbeiterfrau, die, so präzis in ihrer Abfassung, doch eindeutig und klar spricht, das insbesondere alle sozialdemokratischen Arbeiterfrauen, die von der Dresdner Volkszeitung belogen werden, darüber informiert werden müssen. Vielleicht fällt nun auch Herr Rösch für die nächste Stadtverordnetenversammlung Umhau nach besseren und zugkräftigeren Argumenten.

Du weißt es bestimmt

daß sich dein Arbeitskollege am 14. September durch Abgabe seines Stimmzettels für die Partei der proletarischen Revolution entschieden hat

Und tust dennoch nichts

damit dieser Kollege zum aktiven Mitkämpfer gemacht wird, damit er in der RGO registriert wird, damit er die Arbeiterstimme abonniert und in die Kommunistische Partei eintritt.

Du bist kein Revolutionär

wenn du das Versäumte nicht sofort nachholst, wenn du nicht mindestens einen Wähler der Liste 4 in die Kommunistische Partei aufnimmst.

Wenn du nicht mindestens einen Leser für die Arbeiterstimme wirbst!

Die Städtische Radbücherei teilt mit, daß vom Montag dem 8. Oktober folgende Änderung in den Ausleihstunden der Radbücherei eintritt: Der Bücherwagen hält in Strahlen, Wapflah, außer Donnerstags von 16 bis 17.30 Uhr auch Montags von 10 bis 11 Uhr, in Kaiß, Ecke Bannewitzer und Boderitzer Straße, nur Donnerstags von 18 bis 19.30 Uhr.

Fraktionsversammlung der KPD Groß-Dresden

am Freitag dem 3. Oktober im großen Saal in der ZHS, Poppitz 18. Alle KPD-Genossen und Sympathisierenden müssen erscheinen.

Werbeexemplare bestellen,

wenn die Werbung für die Zeitung Erfolg bringen soll

Rund um den Erdball

Entsetzliche Brandkatastrophe in Japan

40 Tabatarbeiterinnen verbrannt

Panik in den Arbeitsjalen — Alle Rettungsarbeiten waren vergeblich

London, 30. September. Auf bisher noch nicht aufgeklärte Weise geriet in der japanischen Stadt Fingiau eine große Tabakfabrik in Brand. Da das Feuer mit einer rasenden Schnelligkeit um sich griff, entstand unter den 300 Arbeiterinnen eine unvorstellbare Panik.

In kopflöcher, wilder Flucht stürzten alle nach den Ausgängen. Dabei wurden viele unglückliche Arbeitermädchen buchstäblich zertrampelt. Einige versuchten, sich durch den Sprung aus den Fenstern zu retten. Ehe überhaupt nur an einen Löscheinbruch oder an sonstige Rettungsarbeiten gedacht werden konnte, waren bereits 40 Arbeiterinnen unter entsetzlichen Qualen verbrannt.

Mehrere hundert Frauen und Mädchen wurden durch Brandwunden mehr oder weniger schwer verletzt. Die gellenden Hilfschreie der vom Feuer Eingekerkerten, sowie die Hilferufe der Verwundeten alarmierten Tausende von Zuschauern, die jedoch

ohnmächtig zusehen mußten, wie die Unglücklichen in dem entsetzlichen Element umkamen.

Schweres Autounglück in Polen

Vier Todesopfer

Warschau, 30. September. In der Nähe von Sosnowice im Trombrower Kohlenrevier ereignete sich am Montagabend ein furchtbares Autounglück, dem vier Personen zum Opfer fielen.

Ein Privatauto, das sich mit vier Insassen in voller Fahrt befand, ließ bei der Eisenbahnstation Maczek im Augenblick, als es den Eisenbahndamm überfahren wollte, mit einem herannahenden Zuge zusammen und wurde über 20 Meter weit mitgeschleift und vollständig zermalmt. Die vier Insassen sind bis zur Unkenntlichkeit verstimmt.

6 Tage Bejorgnis um Tschudnowski

Der tollkühne sowjetrussische Polarflieger war bereits eine Woche vermißt

Moskau, 30. September. Der bekannte russische Flieger, Genosse Tschudnowski, der seinerzeit an der Rettung der Nobile-Expedition teilgenommen hat und jetzt im Auftrage der Sowjetregierung auf dem Wege nach dem Karischen Meer begriffen ist, hat, nachdem er sechs Tage vermißt war, wieder ein Lebenszeichen gegeben. Er sandte einen Funkpruch, in dem er erklärt, er habe infolge der schlechten Wetterverhältnisse den Weg verloren und sei am Kinnisee notgelandet. Er und seine Begleiter befinden sich bei guter Gesundheit und werden den Flug nach dem Karischen Meere fortsetzen.

Die Oberammergauer machen Rasse

Seht, seht, das ist ein Weichjast...

Oberammergau, 30. September. Nachdem die Oberammergauer in 79 überfüllten Theateraufführungen den Jesus am Kreuz genagelt haben, hat die Festspielzeit am Montag ihr Ende erreicht.

Die Gesamtzahl der Besucher wird mit 383.000 angegeben. 50.000 Besucher kamen allein aus Amerika, dem Lande der schrecklichen Lynchmorde und barbarischen Arbeiterausbeutung. Aus Old England waren mit MacDonald, der Führer der 2. Kriegstreiberinternationalen, 28.000 zahlungsfähige Wilkes und Gentlemen herbeigekommen, um sich zu erbauen. Der Statist der Hotels verzeichnet 240.000 Übernachtungen.

Zur Zeit werden die raffinierten Oberammergauer ihre langhaarigen Köpfe zusammen, um den richtigen Weichjast „gemäß des Verdienstes des einzelnen“ zu verteilen, d. h. also in der geistlichen Sprache, daß die Hauptdarsteller den Löwenanteil, die kleinen Statisten dagegen mit Beihilfen abspalten werden. Das ganze nennt man Festspiel der Altengländlichkeit zur Hebung des Fremdenverkehrs.

Amman Ullah soll die Staatsjuwelen rauberrücken

In der Bestimmung des afghanischen Nationalrates wurde eine Entschlieung angenommen, in der die Rückgabe aller Staatsjuwelen gefordert wird. Die Amman Ullah angeblich auf seine Europareise mitgenommen habe. Es fragt sich, ob Amman Ullah, der doch immerhin bereits längere Zeit „arbeitslos“ ist, sie nicht schon längst veräußert hat.

Der Heilkundige Wahls verhaftet

Der Heilkundige Franz Wahls aus Melle bei Hannover, der vor mehreren Tagen, wie wir bereits meldden, einen Eingriff an dem 19-jährigen Dienstmädchen Lina Klodenbrink in Melle vorgenommen hatte, an dessen Folgen das Mädchen gestorben ist, wurde verhaftet.

Niedriges Radiumvorkommen entdeckt

In der Nähe von Wilwirth in Ontario ist ein großes Vorkommen von Radium entdeckt worden. Sachverständige nehmen an, daß die Erze einen größeren Gehalt von Radium haben, als diejenigen in Belgisch-Kongo. Es soll möglich sein, den gesamten Bedarf des britischen Imperiums zu decken.

Überfall auf einen Landbriefträger

In Schaffgen in Oßpreußen wurde am Dienstag vormittag ein Landbriefträger von zwei maskierten Männern mit vorgehaltenen Revolvern überfallen. Die Männer bedrohten den Landbriefträger und raubten ihm die Posttasche und einen Geldbetrag von 800 Mark.

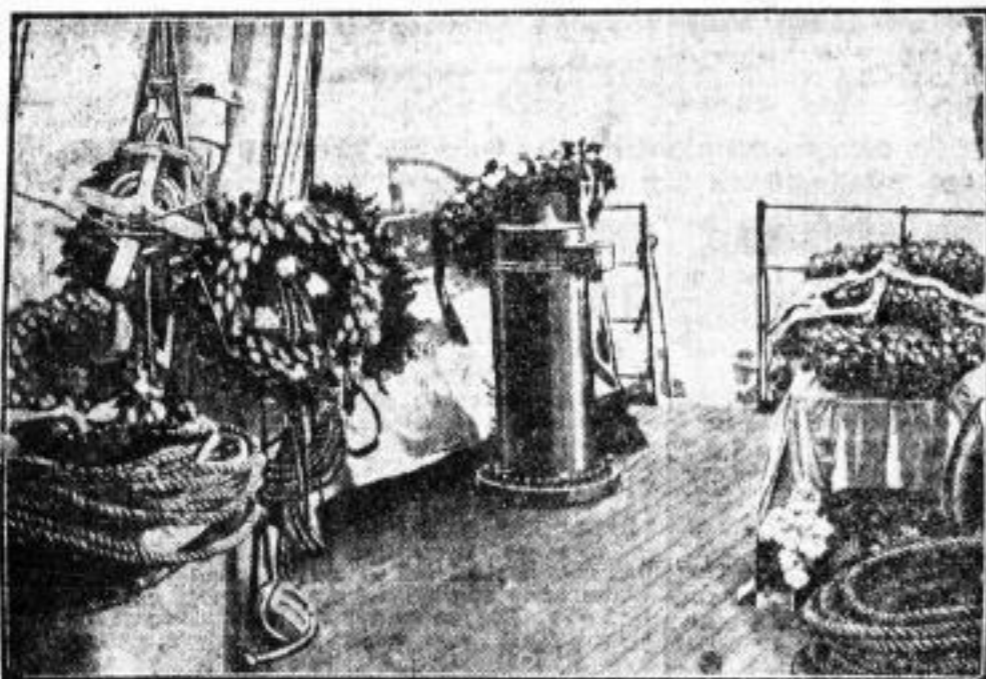
Sechs Millionen Naziwähler:

Fut'er für ein großes Maul



„Lud den Fisch hab' ich gewählt!“
(Aus der neuesten Nummer der AIZ)

Heimkehr der toten Nordpolfahrer



Unser Bild zeigt die Särge mit den körperlichen Überresten Andrés und seiner Gefährten auf Deck eines schwedischen Kanonenbootes, das die Opfer der Wissenschaft in die Heimat zurückführte. Dieses Kanonenboot ist das gleiche Schiff, das vor 33 Jahren Andrés Expedition nach Spitzbergen gebracht hat.

Grauenhafter Fund eines französischen Bauern

Bluttaten eines Eifersüchtigen

Mutter und Tochter ermordet und dann Selbstmord begangen

Paris, 30. September. Am Montag nachmittag machte ein Bauer bei Sentis im Departement Cise einen grauenhaften Fund. In der kleinen Ortschaft Agh fand er am Rande eines zu seinem Felde führenden Landweges die entsetzlich zugerichtete Leiche einer Frau. Im Begriff, spornstreichs in das Dorf zurückzukehren und Meldung zu erstatten, entdeckte er, im Gebüsch verborgen, eine zweite Frauensleiche. Auch diese war entsetzlich zugerichtet.

Als die Gendarmerie die Fundstelle im weiteren Umkreise absuchte, entdeckte sie, in dichtem Unterholz verborgen, die Leiche eines 23-jährigen Arbeiters, der durch einen Gewehrschuß in die Brust ums Leben gekommen war. Neben

dem Toten lag ein Gewehr. Alle Anzeichen sprachen dafür, daß er sich hiermit selbst das Leben genommen hat.

Später gelang die Feststellung der Personalien der beiden Frauenleichen, und zwar handelt es sich hier um eine 40-jährige Dorfbewohnerin der Ortschaft Agh und ihrer knapp 16-jährigen Tochter. Die Polizei vermutet, daß diese Bluttat den Schlüsselpunkt eines Eifersüchtdramas darstellt. Es konnte nämlich einwandfrei festgestellt werden, daß der junge Selbstmörder das ermordete Mädchen seit längerer Zeit mit Anträgen verflocht hat. Scheinbar hat das Mädchen jedoch nichts von dem jungen Arbeiter wissen wollen, worauf er in sinnloser Eifersucht zuerst Mutter und Tochter ermordet und dann Selbstmord begangen hat.

In Köln geht der „Rote Hahn“ um

Brandstifter, der das Feuer ankündigt

Zwölf Brände in drei Wochen — Wahnsinnskat eines Zwanzigjährigen?

Köln, 30. September. Seit drei Wochen herrscht unter der Kölner Bevölkerung große Erregung über eine Serie von Bränden, die unaufhaltsam in Abständen von wenigen Tagen immer an einer anderen Stelle der Stadt ausbrechen. Die Polizei will festgestellt haben, daß die Ursache aller dieser Brände in Brandstiftung zu suchen ist und daß in jedem Falle das Feuer von ein- und demselben Täter angelegt worden ist.

Man vermutet weiter, daß dieser Täter in einem 20-jährigen Mann zu suchen ist. Nach dem Beispiel Peter Kürten, des Düsseldorf-Massenmörders, läßt er sich auch in dem Strauß, seine Verbrechen vorher der Polizei anzukündigen. Er bezeichnet selbst die Stellen, wo in den nächsten Tagen das Feuer ausbrechen wird.

Bis jetzt war es noch nicht möglich festzustellen, wer der Urheber dieser Verbrechen ist. Meistenteils laufen sie bei den verschiedensten ideinischen Zeitungen ein und haben fast immer den gleichen Wortlaut. Mit höhnischen Redewendungen macht sich

der Schreiber darin über die Polizei lustig, um dann für die nächste oder übernächste Nacht ein neues Feuer anzukündigen. Das Schlimmste dabei ist, daß dann trotz aller Sicherheitsmaßnahmen regelmäßig auch das Feuer zum Ausbruch kam. So entstanden in der letzten Nacht allein in dem Vorort Köln-Dünnwald zwei Brände, die trotz vorheriger schriftlicher Warnung nicht verhindert werden konnten.

Schweres Bauunglück in Zwickau

Acht Maurer in die Tiefe gestürzt

Zwickau, 30. September. Bei einem Hausneubau in Zwickau brach plötzlich mit ungeheurem Getöse ein Baugerüst zusammen. Acht Maurer, die mit Reparaturarbeiten an der Hausfassade beschäftigt waren, stürzten in die Tiefe. Sechs von ihnen mußten mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus gebracht werden.

Kommunistischer Vorstoß im Landtag für Erwerbslosenhilfe

Beratung der schändlichen Notverordnung durch alle Parteien verhindert / Kommunistische Redner entlarben die Schildknappen der Sozialreaktion

Dresden, den 30. September.

Sofort nach Eröffnung der heutigen ersten Sitzung nach den Ferien nahm Gen. Renner das Wort, um die Geschäftsordnungsanträge der kommunistischen Fraktion zu begründen.

Genosse Renner

Wir halten es im Interesse der arbeitenden Massen für angebracht, daß endlich eine Klärung über die Gesamtlage in Sachsen erfolgt. Wir haben deshalb beantragt, daß auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung die Anträge der kommunistischen Fraktion auf

Auflösung des Landtages, Aufhebung der Notverordnung des Reichsregierens und der inzwischen in Kraft getretenen Notverordnung der sächsischen Landesregierung,

die eine ungeheuerliche Belastung mit sich bringen, gestellt werden. Wir haben die Erklärung der Wirtschaftspartei und der Volkspartei, die mit den Nationalsozialisten in Sachsen eine Regierung bilden wollen. Wir lesen in einem Artikel des Hg. Böckel: „Hinein in die Opposition! Es hat keinen Sinn mehr, länger hier zu hocken. Die parlamentarische Entscheidung liegt bei der Staatspartei oder der Demokratischen Partei.“

Die Nazis haben ihren „Kampf um die soziale Revolution“ umgewandelt in die Formel: Kampf um die Ministerstühle.

Wir führen die Massen zum Sturm!

Die Anlagerecke des Genossen Wehner

Die Vorschläge, die Hg. Erndt gemacht hat, helfen der Not der Erwerbslosen nicht im geringsten. Die Frage muß grundsätzlich aufgerollt und entschieden werden, wie wir sie bereits beim Jubiläum dieses Landtages gestellt haben. Dieser Landtag und seine ganzen Beratungen beweisen am besten, daß die Böckel, Erndt, Liebmann und Konsorten, die sich hier hinstellen und glauben, die Arbeitslosen täuschen zu können, daß sie nichts anderes vorhaben, als die Erwerbslosen vom Kampf für den Sturz dieser Gesellschaft abzuhalten. Sie wissen ganz genau, daß im kommenden Winter die Erwerbslosenzahlen unerhört ansteigen wird. Wir haben festgestellt, daß

Die Zahl der Betriebsstilllegungen stark wächst,

daß die Unternehmerwürstchen, die sich durch die Schließung der Betriebe und durch die willkürliche Herabsetzung der Löhne ausbreiten, immer härtere Formen annehmen.

Insich für diese Betriebsstilllegungen ist die Stilllegung von Bitterroth u. Sod. wo man ganz eindeutig sieht, daß es dem Unternehmertum nur darauf ankommt, mit diesen Betriebsstilllegungen die Löhne der Arbeiter herunterzubrühen, Tausende Arbeitslos zu machen und die noch im Betrieb Verbleibenden zu unglaublich herabgedrückten Löhnen auszubeuten. So macht man jetzt bei Bitterroth u. Sod. den Versuch, die Löhne um 20 Prozent zu senken.

Wir haben während des Reichstagswahlkampfes, während der Landtag in Ferien war, den Streik der Romanarbeiter gesehen, haben erlebt, wie dort die Gewerkschaftsführer auf die notwendige Mobilisierung der gesamten Metallarbeiter-Schicht Sachens verzichteten und mit dem Unternehmertum ein Abkommen trafen, das einen ungeheuren Verrat an den Arbeitern darstellt. Die offizielle Statistik führt an, daß Ende August auf 10.000 Einwohner in Sachsen 561 Hauptunterstützungsempfänger kamen, nicht mitgerechnet die vielen Wohlfahrts-Erwerbslosen und Arbeitsunterstützten, während im Reich ein Prozentlag von 112 auf 10.000 Einwohner zu verzeichnen ist. Wir haben, als unsere Arbeitsbeschaffungsanträge zur Beratung standen, als das Betrugsprogramm der sächsischen Regierung hier beraten wurde, die Frage gestellt: wohin will man? Man will zur Zwangsarbeit. Man verlangt die untertarifliche Bezahlung der Arbeiter. In Dresden zwingt man die Arbeitslosen Jugendlichen, täglich fünf Stunden zu arbeiten für einen Stundenlohn von 20 Pfennig. In den sogenannten sächsischen Werkstätten werden Arbeiter 22 und 24 Stunden in der Woche beschäftigt mit einem Lohn von 3,33 Mark. Das ist der Segen der Zwangsarbeit und vor allen Dingen der Arbeit, die von den Nationalsozialisten als Erziehungsmittel gepriesen wird.

Was ist die Perspektive für den kommenden Winter?

Es ist die des Hungers, des Elends. Daran ändern alle schönen Reden und Ausfallbeeren nichts. Was hat man getan, um Arbeit zu beschaffen? Man hat die Anträge der Kommunisten auf den Bau von Wohnungen abgelehnt. Was es nicht der Sozialdemokrat Wiffel, der die Bauarbeiter aus der allgemeinen Unterstützung herausnahm und sie in eine Sonderklasse brachte? Des Wahlergebnis zeigt, besser wie all das Gerede der SPD, den ungeheuren Betrag, den sie an den Arbeitern verübten. Es ist die klare Abzählung dreier Schichten sozialdemokratischer Anhänger an die verräterische SPD-Politik. All die Verschönerungen in der Erwerbslosenversicherung, die jetzt Brüning durchführt, waren nur möglich, weil die Sozialdemokraten die Schrittmacher waren. Auf der einen Seite sehen wir rückwärtslos Juridiktur des Sozialrechts, auf der anderen Seite Einmischen der deutschen Regierung unter dem Vorwand des Weisungsgesetzes der SPD-Zeitungen in die Sach- und Sachfront gegen Sowjetrußland, die letzten Endes eine Kriegsfront wird. (Sehr wohl! bei den Kommunisten)

Die Sozialdemokraten verweisen die Erwerbslosen an Brüning und sein Kabinett, gegen das sie in Worten eine Opposition treiben. Durch diese Scheinopposition wollen sie ihr ramponiertes Ansehen wieder etwas aufbessern. Für uns steht jetzt die Frage der außerparlamentarischen Mobilisierung der arbeitenden Massen gegen das Schandgesetz von Brüning und der sächsischen Regierung. Eine Lösung des Arbeitslosenproblems gibt es ohne die Zerreißung des Young-Planes nicht. Die Nazis werden Gelegenheit haben, in kürzester Zeit sich zu äußern zu der Frage der Zerreißung des Young-Planes. Schon jetzt zeigen sie sich als die treuesten Stützen der Kapitalisten, als die Streikbrechergarden der Unternehmer. Hier im Landtag treten sie als Geschäftsordnungs-Mittel auf. Herr Pöster ist ein starrer Spießbürger geworden

Die Auflösung des Landtages ist notwendig, weil das Reichstagswahlergebnis eine vollständige Umänderung in diesem Hause bedeutet. Wir wünschen eine Zulassung der Dinge, ein Herantreten der Klassengegnäre, weil wir wissen, daß ein solches Herantreten der arbeitenden Bevölkerung die einzige Möglichkeit bietet, durch die proletarische Revolution aus dem jetzigen Zustand herauszukommen. Wir stellen die Frage der Besprechung der Notverordnungen, weil hier im Hause eine Anzahl Parteien sitzen, die erklärt haben, daß sie gegen die Young-Belastungen sind. Die Notverordnungen sind die Auswirkungen der Young-Belastungen. Gegen diese Belastungen stimmen wir, und wenn es die Nazis erst meinten mit ihrem Kampf gegen die Young-Belastungen, dann müßten sie, die Wirtschaftspartei, Landvolk und Deutschnationale für unseren Antrag stimmen.

Die Wirtschaftspartei lehnt Beteiligung des Landtages auf den 7. Oktober. Dielem Antrag schloß sich die NSDAP an. Böckel (SPD) sprach sowohl gegen die Vertagung wie auch gegen die kommunistischen Anträge. Gen. Renner erwidert Böckel und der Wirtschaftspartei und stellt fest, daß nur durch eine außerparlamentarische Regelung den Erwerbslosen Hilfe gebracht werden kann.

Bei der Abstimmung wurden die kommunistischen Anträge abgelehnt.

Der Einspruch des Gen. Siegel gegen seinen Ausschluß in der letzten Sitzung wurde gegen die Stimmen der SPD und Nazis abgelehnt.

Hierauf begründete Erndt (SPD) die Anträge der sozialdemokratischen Fraktion zu der Erwerbslosenfrage.

und stellt sich voll und ganz auf den Boden des heutigen kapitalistischen Staates. Unsere Aufgabe besteht in der unermüdeten Verkündung der Forderungen der Erwerbslosen. Diese Forderungen werden nicht hier in diesen Sälen entschieden, sondern in den Betrieben und auf den Stempelstellen. Dort werden wir sie vor die Alternative stellen. Wir sind gewiß, daß bei Entscheidung dieser Fragen die Nazis auf der anderen Seite der Barrikade stehen. Noch ein Wort zu den Sozialdemokraten. Hätte Brüning den Artikel 48 nicht angewandt, so wäre es Hermann Müller

gewesen. Der Unterschied besteht lediglich darin, daß es Brüning gelungen ist, dorthin zu kommen, wo er wollte, daß er stärker war wie die SPD. Die SPD ist belastet mit der Verantwortung für das gegenwärtige Elend der Erwerbslosen, sie ist es gewesen, und das zeigt sich besonders hier in Sachen, die durch ihre „linken“ sozialdemokratischen Reden die arbeitslosen Massen abgehalten hat vom entscheidenden Kampf.

Unsere Aufgabe wird es sein, den Arbeitslosen dieses zwiespältige Scheinradikale Gesicht der Sozialdemokratischen Partei aufzuziehen und über diese Phrasen hinweg den Weg zum Sieg zu finden. (Lebhafte Beifall bei den Kommunisten.)

Schlußwort des Genossen Wehner

wurde von der SPD-Fraktion durch wüsten Lärm zu unterbrechen versucht. Ihr Landtagspräsident Wedel unterließ diesen Störungsversuch, indem er den Protest Wehners gegen die unerhörte Geschäftsordnung mit einem zweimaligen Ordnungsruf beantwortete. Die „Arbeitsbeschaffung“ durch die SPD, so führte der Gen. Wehner in seinem Schlußwort aus, sieht so aus, daß sie gerade alle jene von uns berührten Punkte und beantragten Zusatzanträge ablehnt, die für die praktische Arbeitsbeschaffung entscheidend sind. Bei dieser Frage zeigt sich der Wettlauf zwischen SPD und Nazis, wobei sich beide als die Schildknappen Brünings zu betätigen suchen. Wenn uns vorgeworfen wird, daß wir gegen das Arbeitslosenversicherungsgesetz sind, so stellen wir fest, daß dieses Gesetz die Lage der Erwerbslosen verschlechtert hat.

Wir fordern demgegenüber die allgemeine und ausreichende Unterfützung aller Erwerbslosen auf Kosten der Unternehmer.

In Rußland ist die Erwerbslosenziffer innerhalb eines Jahres von 1.800.000 auf 720.000 zurückgegangen, während im Lande der sozialdemokratischen „Arbeiterregierung“, in England, sich diese Ziffer verdoppelt hat.

Auch die Nazis haben alle Kräfte, mit möglichst geringer Belastung sich als Fribdeln einer kommenden Kapitalistenregierung vorzustellen. So verfassungstreu sind sie bereits geworden, daß ihr sächsischer „Freiheitskampf“ heute schreibt: „Jeder Versuch, die Verfassung zu brechen, findet auf den Schanzen.“ Wir Kommunisten leben unerschrocken im kommenden Winter darin, mit allen Mitteln über Interessen der Erwerbslosen zu kämpfen. Das werden wir auch wenn man uns Hochverräter nennt.

(Fortsetzung des Berichtes morgen)

Der Leipziger Nachprozesse gegen die NS

Die Belastungszeugen des Staatsanwalts / Ihre Aussagen zeugen die Anklage Verklärt den Protest gegen die Klassenjustiz!

Leipzig, den 1. Oktober.

Der angeklagte junge Antifaschist Helmstädter aus Frankfurt a. M. verkaufte zum Reichsjugendtag auf dem Augustusplatz Leipzigs der Antifaschistischen Jugend Garde. Als an dem mittleren Mast auf dem Augustusplatz eine rote Fahne hochgezogen wurde, kam die Polizei mit vorgeladenem Revolver und machte den Versuch, die Fahne wieder herunterzuholen. Der Genosse sagt dann: Ich entsann mich des Mai-Aufstandes in Berlin, und

weil ich das Wüten der Polizei kannte, bildete ich mit noch anderen eine Ordnungsgewalt gegen die provozierende Polizei.

Als ich mich dann in der Nähe des Grimmaischen Steinweges befand, kam ein Privatauto angerast und saulte in die Menge hinein, wo 10 bis 20 Mann lebensgefährlich bedrängt wurden. In diesem Gedränge wurde ich durch Glasstücken von dem durch die empörte Menge umringelten Auto verletzt.

Der Jugendgenosse Schöne aus Magdeburg kämpfte bereits als Helfing mit seinen Kollegen um bessere Lebensverhältnisse, und seine hellenmässige Entwicklung führte ihn zum Jugendverband. Ich ging nach Leipzig, so sagt er, um hier mit der gesamten arbeitenden Jugend Deutschlands gegen Elend, Not und Ausbeutung zu demonstrieren. An den Vorfällen im Grimmaischen Steinweg bin ich nicht beteiligt und habe nur in der Nähe des Neuen Theaters die vorbildliche Disziplin der Ordner des Hamburger Jugendverbandes feststellen können.

Der Genosse Härtig aus Leipzig sagt den Klagenrichtern, daß er sich nicht verteidigen will, sondern die hier tagende Klassenjustiz anklagt. Der Vorsitzende will ihm darauf das Wort erteilen. Der Genosse Härtig wurde am 23. April, also viele Tage nach dem Reichsjugendtag, in der Wächterstraße durch einen Polizeibeamten am Kopf verletzt und auf die Denunziation des Sozialdemokraten Beversdorf als Beteiligter an den Osterorgängen unter Anklage gestellt. Er selbst war auch nicht an den Vorgängen im Grimmaischen Steinweg beteiligt.

Die Angeklagten erheben dann einen Protest gegen die Behandlung im Gefängnis und protestieren dagegen, daß sie mittags kaltes Essen erhalten. Nach dem Abschluß der Vernehmung der angeklagten zehn Jungkommunisten eröffnet das Klassengericht die

Zeugenernehmung.

Als erster Zeuge sagt der Polizeiwachmeister Zahn aus, daß er mit einem Kommando am Neuen Theater den Befehl erhielt, mit gezogenen Pistolen gegen die Menge vorzugehen und die gestohlene rote Fahne herunterzuholen. Vor die empörte Menge stellte sich eine Ordnerecke, und ich hörte den Ruf: „Wir wollen die Polizei ruhig abziehen lassen!“ Auf dem Wege vom Neuen Theater zum Grimmaischen Steinweg hatte die Polizei freien Abzug, ich selbst wurde aber einmal bedrängt.

Auf die Frage des Verteidigers, Genossen Hartmann, sagt der Beamte, daß den

Befehl zum Pistolenziehen

der Zugführer Knöchel gegeben hat und daß die Ordnerecke den Theaterbesuchern freien Eintritt verschaffte und die Massen zurückgedrängt habe. Auf eine an ihn gestellte Frage sagt er, daß er nicht gesehen hätte, daß die Demonstranten mit Steinen geworfen hätten.

Der Polizeihauptmann Bennemey erklärt in schnoddrigem Tone, daß er das Kommando der Bereitschaftspolizei für den Augustusplatz leitete. Vom Polizeipräsidenten sei ihm der Befehl zugegangen, für Ordnung am Neuen Theater zu sorgen. Das Aufziehen der roten Fahne mit dem Sowjetstern hielt ich für eine offene Verhöhnung der Staatsautorität. Ich habe auch gesehen, wie die Demonstranten Pistolen in der Hand hatten (!?)

Die Aussagen dieser Zeugen stehen in Widerspruch zu den Aussagen des ersten.

Auch hier greift der Genosse Hartmann ein und zwingt den Zeugen zu neuen Antworten. Der Hauptmann Bennemey muß zugeben, daß am Neuen Theater der kommunistische Stadterordnete Dajede, als die Polizeibeamten in einer bedrängten Lage waren, auf die Massen deruhigend eingeleitet hat. Auf die Frage nach der Tätigkeit der Ordnerecke der Demonstranten antwortet er, die Ordnerecke ist eine neue Taktik der Kommunisten, um die Polizeibeamten abdrängen und einzusparen. Er habe diese Auffassung aus einem Zeitungsartikel der „Leipziger Neuesten Nachrichten“ geschöpft. Von der Beteiligung in der Angelegenheit, muß er zugeben, daß auch am Grimmaischen Steinweg von einem Ordner die Massen zur Disziplin angehalten wurden.

In der Nachmittagsvernehmung wird Polizeikommissar Willenach als Zeuge vernommen. Er sagt aus, daß er gesehen habe, wie an einem Privatauto die Fenster zertrümmert, die Leute und es trat wieder Ruhe ein. An dieser Stelle bildete sich eine Ordnerecke, so daß ich nicht durchkam. In dem Getümmel mußte ich von hinten angefaßt worden sein und ich trat mit dem Fuß nach hinten. Ich glaube, daß ich jemand getroffen habe. Da ich am Kopf und Auge verletzt war, bin ich in die in der Höhe befindliche Gerbandstiege gegangen. Die weiteren Aussagen des Zeugen sind die üblichen Schlußfolgerungen, die den Polizeizeugen angelernt werden.

Bezeichnend ist, daß der Vorgang, den der Zeuge schildert, sich ganz anders zugetragen hat und nicht mit dem Vorgang identisch ist, der einem der Angeklagten vorgeworfen wird.

Ueber Hauptzeiger berichtet derselbe Polizeikommissar, daß dieser mit einigen bürgerlichen Leuten in der Nähe der Silberwache einen Streit hatte, und er habe zwei Beamte aus der Wache geschickt, um Hauptzeiger und die jungen Leute zur Wache zu bringen. Die beschuldigten Jugendgenossen Fahre und Pratorius hat der Zeuge nicht gesehen. Er habe auf Grund von Photos, die man ja jedem immer vorlegt, diese beiden Angeklagten ohne Grund als Mittäter bezeichnet. Den Angeklagten Härtig kennt der Zeuge schon länger und will diesem gegenüber auf dem Augustusplatz eine Bemerkung gemacht haben, wie: „Na, Härtig, Sie müssen auch

Überall dabei sein. Genosse Härtig stellt richtig, daß diese Bemerkung drei Tage nach dem Vorfall der Kommissar in der Polizeistube gemacht hat. Wodurch läßt der Verteidiger RA Dr. Kolbe vom Vorfall einen Affen auszuweisen, nach dem Hauptvernehmer RA Kolbe, was für Worte der angeklagte Hauptvernehmer beim Vorbeimarsch mit seiner Kapelle am Augustusplatz gebraucht habe, erklärte der Polizeikommissar: „Ich denke, daß es nicht gerade schöne Worte waren.“

Verteidiger RA Kolbe: „Und so etwas wollen Sie beschwören?“

Nachdem fragt Genosse RA Horkmann: „Herr Zeuge, Sie haben im Protokoll angegeben, daß Sie gesehen hätten, wie ein Auto umgeworfen wurde.“

Zeuge Kriminalkommissar Willenach: „Nein, ich habe das Höch von Zeitschriften gehört und ich habe das eben nachgesagt.“

Widmann stellt die Verteidigung aus Protokollauslagen fest, daß eine Kette um das Auto gebildet wurde, aber über die

Köpfe dieser Kette hinweg nach dem Auto geschlagen wurde.

Zeuge Willenach: „Ich hatte die Pistole in der Hand und vor mir standen noch sechs Leute, die mit zur Kette gehörten. In meinem Umkreis standen Leute mit norddeutschem Dialekt. Also, den ich getreten habe, das muß ein Norddeutscher gewesen sein.“

Verteidiger Horkmann: „Das ist ja wunderbar. Diese wichtige Aussage hatten Sie ja noch gar nicht gemacht. Damit ist bewiesen, daß dieser Angeklagte für diesen Fall nicht in Frage kommen kann.“

Diese Zeugenaussage wird allgemein von den Geschworenen wie auch von der Staatsanwaltschaft mit Erstaunen aufgenommen. Nachdem wird der Hauptprokurator, der Autobesitzer Müller aus Chemnitz, vernommen, der mit seinem Kraftwagen, dem Panorama her kommend, einfach in die Menge hineinfahren wollte. Der Zeuge behauptet, daß er von einem hohen Polizeibeamten, entweder von Willenach oder Galle, die Anweisung bekam, weiterzufahren. Er hat aus, es ist möglich, daß er dabei einige Leute angefahren hat. Durch das Zerbrechen der Fenster ist der Zeuge und sein Mitfahrer verletzt worden, während seine Frau unversehrt blieb.

Der Zeuge stellt fest, auch sein Mitfahrer Schreiber, der in einem Auto mitgefahren habe, daß es sehr leicht möglich sei, daß die Scheiben eingebrochen wurden. Es sei verhältnismäßig sehr ruhig auf der Straße gewesen.

Nach langem Hin und Her und albernem Bemerkungen von Seiten der Geschworenen erklärt RA Genosse Horkmann: „Da das Auto sechs Fenster hat, ist mir klar, aber jetzt weiß ich auch, wie Sie die Sache hier drehen wollen.“

Der Mitangeklagte Helmstädter schildert, wie er durch die Andrang, den er zurückhielt, nach der Autoeindeckung gedrängt wurde.

Durch die Zeugenaussagen des Privatmanns Müller we Herr Hölder mit diesem Anklagepunkt wieder hinten runtergerückt; denn ganz betroffen sprang er auf und rief: „Sie konnten das doch damals schon sagen, daß Sie nicht über die Autoeindeckung verlegt worden sind.“ Darauf erklärte auch Genosse Helmstädter: „Wo kommt man denn bei einer polizeilichen Vernehmung überhaupt richtig zum Ausreden!“

Verantwortlich für Text und Generalverwaltung: Ernst Schaeffer, Berlin, für Lokal- und Anzeigen: Willi Kerner, Dresden für Sport: Albert Jandert, Dresden; für Anzeigen: Herbert Krey, Dresden. — Druck: Treubauer Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden. — Druck: Treubauer Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden.

Persil wird billiger!

Mit dem heutigen Tage treten für Persil folgende neue Verkaufspreise in Kraft:

für das Normalpaket **40 Pfg.**, für das Doppelpaket **75 Pfg.**

Diese Preisermäßigung ist vor allem möglich geworden durch die immer mehr steigende Beliebtheit, der sich dieses einzigartige Waschmittel in der gesamten deutschen Hausfrauenschaft erfreut. Die überragende Güte die von jeher sein hervorstechendstes Merkmal war, wird es im Verein mit dem neuen verbilligten Preis noch mehr zum Liebling der Hausfrau und ihrem unentbehrlichen Helfer machen!

Persil wird niemals lose, sondern nur in der bekannten Originalpackung verkauft

Henkel & Cie. A.G.
Düsseldorf

Rundfunk

Donnerstag, 2. Oktober

16.30: Konzert (Werke von Max Reich)
17.30: Eröffnung der feierlichen Tagung des oberbairischen Deutschen Kontinental- und Lehrers. 18.30: Spanisch. 19.05: Port.
Die Entstehung der modernen Archaisierung aus der sozialen Dichtung der neuer Jahre. 19.35: Unterhaltungskonzert. 20.10: Hörbericht aus dem Variété „Jaci Pindus“. 21.10: Der Tod des Tintagiles (Hörspiel). 22.25: Zeitangabe, Wetterausgabe, Pressebericht und Sportfunk. Nachf. Kunststoffe.

Wenn's niemand macht!
Oswald Machts!

Hauptlager
Kauibachstraße 31, 1. Etg.
Ecke Döllnitzer Straße

Möbel

aller Art

Große Auswahl! Billige Preise!
Günstige Zahlungsbedingungen!

Empfehle billigeste pa. a. a. u. b. und ka. freie

Bettfedern **ANZEIGEN**
in jeder Preislage von 1.80 bis 13 Mk.
Wäschegeschäft
P. Bönnert, Freital-Po. nur Turnerstraße 7
5 Proz. Rabatt in Mark.

haben den denkbar besten Erfolg in der ARBEITERSTIMME



Mitglieder, es gibt preiswerte Einkellerungskartoffeln

Völlig ausgereifte, gesunde, gutsortierte

weiße Speisekartoffeln	je Zentner RM. 2.30
rote Speisekartoffeln	je Zentner RM. 2.50
und gelbfleischige Industriekartoffeln	je Zentner RM. 2.80

Für die Lieferung der Kartoffeln **frei Haus** wird ein Zuschlag von **20 Pf.** je Zentner erhoben. Für Haushaltungen außerhalb Dresdens berechnen wir von Fall zu Fall einen mäßigen Fuhrlohnzuschlag. Da in diesem Jahre mit einem frühzeitigen Einsetzen des Frostes gerechnet werden kann, empfehlen wir unsern Mitgliedern die baldige Aufgabe ihres Bedarfs.

Konsumverein

VORWÄRTS

Bestellungen werden in sämtlichen Verteilungsstellen entgegengenommen

Amtliche Bekanntmachungen

3 Av 1/30

Im Namen des Volkes!

In der Strafsache gegen den am 7. Februar 1906 in Dresden geborenen Schriftsteller

Willy Martin Körner

in Dresden, Zinnwälder Straße 7

wegen Beleidigung hat das Amtsgericht zu Dresden am 17. Mai 1930 für Recht erkannt:

Der Angeklagte Willy Martin Körner wird wegen Beleidigung durch die Presse zu einer Geldstrafe von

200 — zweihundert — Reichsmark,

an deren Stelle im Falle der Uneinbringlichkeit 20 — zwanzig — Tage Gefängnis treten, kostenpflichtig verurteilt.

Das Urteil soll, sofern der Herr Kreisshauptmann zu Dresden binnen zweier Wochen nach Zustellung des rechtskräftigen Urteils darauf anträgt, durch te. einmaligen Abdruck in der „Arbeiterstimme“ und in der „Dresdener Volkszeitung“ auf Kosten des Angeklagten öffentlich bekanntgemacht werden.

Dresden, den 27. September 1930.

Amtsgericht, Abt. IV.

Wegen Reinigung bleiben die Diensträume des Rathauses Montag und Dienstag, den 6. und 7. Oktober 1930, geschlossen. Für dringliche Angelegenheiten sind die Diensträume an beiden Tagen von 11 bis 12 Uhr geöffnet.

Im Standesamt werden Anmeldungen für Sterbefälle nur Montag von 11 bis 12 Uhr entgegengenommen.

D o h n a, am 30. September 1930.

Der Stadtrat.

Roter Oktober



Montag
27. Oktober
19.30 Uhr im
Kristallpalast
Schäferstraße

STARKE'S KURBAD nur DRESDEN-N. 6, Bautzner Straße 311, Ruf Nr. 51502

Persönl. Leitung! Geprüft. Personal! Anerk. eine führende Anstalt am Platze. Besucht die Privatkurbäder! An all. Krankenkass. zugelassen

Hören u. staunen Sie!

Ab morgen Donnerstag, den 2. Oktober, täglich im

Bürger-Kasino

nur wochentags nachmittag von 4.30 Uhr bis 7 Uhr

Große Familien-Kabarett-Vorstellung

„Papa Stopp“ mit seiner Gesellschaft und Fräulein Ehrig!
„Ueberechners Attraktions-Orchester“

Die Sensation, unsere billigen Preise!

Eine Tasse ff. Karibader Kaffee, Schokolade oder Tee mit einem Stück Kuchen u. Teegebäck 40 Pf., ein Kännchen ff. Karibader Kaffee mit 2 Stück Kuchen 80 Pf.

Ehrig & Kürbiss, Webergasse 8

Kaffee-Spezial-Handlung
Gerösteten Kaffee 1/2 Pfund von 70 Pfennig an

Die Beschlüsse des 5. Kongresses der AOB und der schweigende AOB

Vor wenigen Tagen hat der AOB in Dresden eine Sitzung abgehalten. Ueber die politischen Ergebnisse dieser Sitzung ist wenig in die Öffentlichkeit gedrungen, wenn man von der Konzentration der Gewerkschaftsführer und der Behandlung der Sitzverlegung des AOB nach Berlin absieht. Die Arbeiterklasse hat sich längst abgewöhnt, von diesen gut lebenden Bürokraten eine Antwort auf die brennenden Fragen ihres Lebens — den Kampf gegen Lohnabbau, gegen Massenentlassungen, gegen Verschleppung und Faschismus — zu erwarten. Die „hohe Führung“, die sich immer noch anmaßt, im Namen von 5 Millionen Arbeitern zu sprechen, hat auf die Fragen keine Antwort gegeben.

Aber auch andere Probleme, die im Brennpunkt des Interesses der Millionen organisierter Arbeiter stehen, wurden wahrheitsgemäß nur hinter den Kulissen behandelt. Da ist zunächst die Tatsache zu erklären, daß aus der „Marnechlacht“, wie der „Deutsche“ das Wahlergebnis für die SPD nennt, auch die Gewerkschaftsbürokratie geschlagen hervorgegangen ist. Trotz gewaltigen Anstrengungen der reformistischen Gewerkschaften ist die SPD geschlagen worden. In jeder Nummer der Verbandszeitungen haben die SPD-Gewerkschaftsführer aufgefodert, die Sozialdemokratie zu wählen. Sie haben Millionen von Beitragsgebern der Arbeiter für den Wahlkampf der SPD gegeben, trotz angeblicher parteipolitischen Neutralität der Gewerkschaften. Die reformistischen Gewerkschaften, deren Kommandohöhen von SPD-Führern besetzt sind, waren die „Siegesfriedstellung“ der SPD im Wahlkampf. Hunderttausende von Arbeitern haben trotz diesen Anstrengungen der SPD den Rücken gekehrt und damit den Gewerkschaftsführern ihr Mißtrauen ausgesprochen. Wie soll diese Tatsache den Gewerkschaftsmitgliedern erklärt werden? Welche Schlussfolgerungen ergeben sich für die fernere Politik der ausgeschlochten Arbeitervertreter? Klar ist heute für jeden denkenden Arbeiter, nachdem die SPD in den Industriegebieten, Berlin, Oberschlesien, Ruhrgebiet, Mitteldeutschland die stärkste Partei geworden ist — gerade in den Gebieten, die normalerweise die Hauptverbreitungsgebiete der Gewerkschaften sind —, die Weisheit der organisierten Arbeiter nicht hinter den Gewerkschaftsführern stehen, sondern sich zur SPD und AOB bekennen.

Vorsätzlich sind die mit der SPD im Wahlkampf geschlagenen Gewerkschaftsführer ziemlich kleinlaut. Es ist auch keine Kleinigkeit für sie, ihre proletarische Basis schwinden zu sehen und damit ihren einzigen Wert, den sie für die Bourgeoisie besitzen, zu verlieren. Sie versuchen zunächst, auf die „hübe“ Tour ihre Niederlage zu verschleiern und zu überwinden. Die Mehrheit der Gewerkschaftsleitungen gefolgt der SPD, die sie bisher als Verbet der Lumpenproletariat bezeichnete, quädigt zu, eine marxistische Arbeiterpartei zu sein. Der Angriff auf den Marxismus, den die vereinte Reaktion unternahm, wurde durch den Stimmengewinn der SPD zunächst gemacht, stellt resigniert die Mehrheit der Gewerkschaftsleitungen fest. Daß die vollkommene bürokratische Ideologie der SPD und Gewerkschaftsführer ihre häßliche Mißbräuterei der Lehren von Marx und Engels durch ihre Verräterpolitik gegenüber der Arbeiterklasse erst den Boden für diesen Schlagstrich der Reaktion gegen den Marxismus vorbereitete, davon schreiben sie natürlich nichts. Formulierungen, wie „Kommunisten als Vertreter marxistischer Lehren“, „Sozialistische Arbeiterpartei“ (gemeint sind SPD und AOB), „Verschiebungen innerhalb der proletarisch-sozialistischen Front“ usw. sind in der Gewerkschaftspresse jetzt an der Tagesordnung. Das ist gegenüber der bisherigen Schreibweise, wo Ausdrücke wie „unfähige kommunistische Maulhelden“, „bezahlte Subjekte“, „Narrenten Moskaus“ usw. gegenüber der AOB die üblichen waren, eine bedeutende Umänderung der Sprache. Die reformistischen Bürokraten, erschrocken über ihre Wahlniederlage, versuchen ein linkes Mandorli gegenüber der proletarischen Mitgliedschaft. Jedoch diesen geschneiderten Herren aus den Verbandsbüros, die sich den Anschein geben, als wollten sie mit den Arbeitern diskutieren, steht dieses Mandorli schlecht. Die Scheinheiligkeit ist ihrer Handlungsweise an der Stirn geschrieben, und im übrigen haben sie ihren Karten so lest für die Interessen der kapitalistischen Wirtschaft und des Unternehmertums eingepaßt, daß ihre Mandorliertätigkeit sehr beschränkt ist.

Nicht scheinradikale Reden, die auch die Gewerkschaftsführer aus ihrer Vergangenheit noch können, wollen die Arbeiter, sondern proletarische, revolutionäre Taten.

Was ist in diesen Tagen und Wochen des Lohnraubs und Verschleppungs Betrugs an den Kranken und Erwerbslosen genügend Gelegenheit. Von den Gewerkschaftsführern wird die Arbeiterklasse, wie bisher, nichts weiter bekommen als schamlosen Verrat. Deshalb ist eine der wichtigsten proletarischen Taten, die von jedem Arbeiter vollzogen werden muß:

Schlus machen mit diesen Herren vom AOB, sich einreihen in die Fraktion der AOB in seiner Gewerkschaft, und wenn sie noch nicht besteht, sie mit Hilfe der AOB-Zeitung sofort bilden.

Das Bemerkenswerteste am gegenwärtigen Kurs des AOB ist das völlige Schweigen auf die Beschlüsse des 5. AOB-Kongresses. Dort wurde bekanntlich beschlossen, eine revolutionäre Gewerkschaftsbewegung in Deutschland in Verbindung mit der Organisierung und Führung der Arbeiterkämpfe aufzubauen.

Das ist die richtige Schlussfolgerung des Weltparlamentes der in der AOB zusammengeschlossenen Arbeiter auf Grund der Einschätzung der Situation, des reformistischen Verrats und der Unternehmerrangriffe. Hunderttausende von Arbeitern in den Betrieben, Gewerkschaften und Stempelstellen haben mit Bewußtsein diesen Beschluß vernommen und ihr Einverständnis damit erklärt.

In jedem Betrieb, auf jeder Stempelstelle, in jeder Gewerkschaft muß gerungen werden, darum:

Im der Kampf, der Massenstreik der einzige Ausweg zur Erhaltung von Lohn und Brot, zur Niederwerfung des Faschismus?

Im zur Führung dieser Kämpfe ein revolutionärer Kampfapparat, eine revolutionäre Massengewerkschaftsbewegung das Gebot der Stunde?

Können die sozialdemokratisch beherrschten und kommandierten Gewerkschaftsverbände, aus denen Tausende von revolutionären Arbeitern ausgeschlossen und abgespalten worden sind, diese breite, revolutionäre Kampfesfront formieren?

Die täglichen Ereignisse bei den Entlassungen in den Betrieben, bei den Lohnkämpfen, bei dem Kampf gegen den Faschismus beweisen, daß die Gewerkschaftsführer nur eine Sorge kennen: Keinen Kampf, keine Erschütterung der kapitalistischen Wirtschaft. Sie können nur bremsen und verraten, deshalb muß Schlus gemacht werden mit ihnen.

Die hohen Herren vom AOB, die reformistischen Gewerkschaftsführer haben zur Zeit die Sprache verloren. Das Wahl-

ergebnis ist ihnen so in die Knochen gefahren, daß sie erst einmal Luft holen müssen. Aber kein Zweifel kann darüber bestehen, daß sie versuchen werden, auf den Beschluß des 5. AOB-Kongresses mit aller Brutalität zu antworten.

Zu den entscheidenden Auseinandersetzungen in den reformistischen Gewerkschaften muß die AOB im Sturm ihre Kräfte sammeln und organisieren. Kein Anhänger der AOB verläßt seinen Kampfplatz in der Gewerkschaft, sondern im Bunde mit den revolutionären Kollegen in den Betrieben und Erwerbslosenverbänden der AOB schafft er die Bedingungen für den Aufbau der revolutionären Kampforganisation innerhalb der reformistischen Verbände.

Hunderttausende der organisierten Arbeiter der reformistischen Verbände müssen für den Kurs der AOB gewonnen und fest in ihr organisiert werden.

Das ist möglich, weil immer deutlicher der ideologische und organisatorische Bankrott der reformistischen Gewerkschaften und ihrer Führung in Erscheinung tritt. Je schneller und erfolgreicher der AOB diese Aufgabe gelingt, je deutlicher werden die Gewerkschaftsbeamten ihre brutale Sprache gegen die Arbeiter anwenden.

Mit Siegesgewißheit und Kühnheit wird jeder Anhänger der AOB diese Auseinandersetzung zur Gewinnung und Organisierung seiner Kollegen für die AOB führen. Die Zukunft der organisierten und unorganisierten Arbeitermassen liegt bei der AOB. Der Zusammenschluß der Arbeitermassen, die Herstellung der revolutionären Einheit erfolgt im Kampfe, in der revolutionären Gewerkschaftsbewegung.

Neues Betrugsmanöver der EdG-Bürokratie

SPD-Presse gibt Geheimverhandlungen mit Dorpmüller zu / Eisenbahner, lehnt sich gegen Lohnraub zur Wehr / Bildet AOB-Betriebsgruppen! Organisiert den Streik!

Wir veröffentlichten gestern die Vereinbarung, die Dorpmüller mit den reformistischen und christlichen Führern der Eisenbahner traf und die eine Arbeitszeitverkürzung mit Lohnraub vorsieht. Die reformistische Gewerkschaftsbürokratie ging seither dazu über, in der freudigen Weise abzusprechen, daß irgend welche Verhandlungen über die Kurzarbeit stattgefunden hätten. Durch eine Mitteilung eines Berliner Blattes über diese Verhandlungen muß nun die SPD-Presse diese Geheimverhandlungen zugeben. So schreibt die „Leipziger Volkszeitung“ vom 29. September folgendes:

„Die Verhandlungen wären beinahe zum Scheitern gekommen, und zwar durch eine grobe Indiskretion. Die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft hatte nämlich die Vertreter der Organisationen ersucht, vorläufig keine Mitteilung über die Verhandlungen an die Presse zu machen.“

Dorpmüllers Pressestelle kummerte sich jedoch nicht um diese Vereinbarung und gab einen Bericht heraus. Für die Arbeiterklasse ist dies gar nicht von Bedeutung, welche Stelle den Bericht herausgab. Sie interessiert nur, daß die Scheffel und Komforten ein solches Spiel mit den Eisenbahnern trieben, daß sie mit Dorpmüller vereinbarten, den Raubzug an den Eisenbahnern hinter den Kulissen abzuschließen. Das haben sie auch getan. Die Einführung von Feiertagen und die Kürzung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich bedeutet, daß der Lohn der Eisenbahnarbeiter noch weiter gesenkt wird, daß sich ihr Wochenlohn um durchschnittlich 3 bis 4 Mark verringert. Doch was kümmert dies die Bürokraten des EdG? Scheffel als Vorsitzender des EdG bezieht nach wie vor sein Gehalt von monatlich 700 Mark und dazu keine

Reichstagsabläufe von jährlich 9000 Mark ohne die Spesen aus der Verbandskasse weiter. Und der 2. Vorsitzende des EdG steht noch wie vor jährlich keine 24 000 Mark als Mitglied des Verwaltungsrats der Reichsbahn und die 1000 Mark für jede Sitzung weiter in seine Tasche.

Aber trotz all dieser Tatsachen werden die reformistischen Bonzen versuchen, ihre Ablenkungspolitik fortzusetzen und werden sie die Eisenbahner weiter beschwindeln und weiter verraten. Die Eisenbahner müssen sich klar sein, daß die Vereinbarung über die Kurzarbeit und die Einlegung von Feiertagen nicht die einzigen Maßnahmen sind, die Dorpmüller durchführt. Die Entlassungen werden ihren Fortgang nehmen und Tausende Eisenbahnern werden noch in das Meer der Erwerbslosen geschleudert werden. Die reformistische Gewerkschaftsbürokratie nie den Eisenbahnern helfen, sondern immer nur Dorpmüller. Darum müssen die Dorpmüller-Proleten ihr Schicksal in ihre eigene Hand nehmen. Sie müssen sich in den Betrieben, Werkstätten und auf den Bahnhöfen zu Betriebsgruppen der AOB zusammenschließen. Sie müssen für jede Dienststelle einen revolutionären Vertrauensmännerkörper wählen. Sie müssen aus ihren eigenen Reihen heraus eine aus Arbeitern aller Gewerkschaften und den Unorganisierten auf dem Boden des Klassenkampfes bestehende Kampfleitung sich schaffen. Organisierung des Streiks gegen die Massenentlassungen, Lohnraub und verstärkte Nationalisierungsmethoden sind die dringlichsten Aufgaben der Eisenbahner. Dorpmüller-Proleten, jagt nicht mehr länger! Schafft euch die Kampforgane und nehmt den Kampf auf zur Verbesserung eurer Lebenslage und gegen den Verrat der Reformisten.

SPD-Minister Braun und Baentig, die Youngböge der Steuerdiktatur

Die vom Brüning-Kabinett mit Hilfe des Diktaturparagraphen 48 eingeführten Regier-, Verordnungs- und Biersteuern stoßen auf die schärfste Ablehnung seitens der Werktätigen. In vielen öffentlichen Versammlungen sind Beschlüsse auf Verweigerung der Steuerzahlungen durch Steuerstreik einstimmig von den Gewerbetreibenden, Kleinbauern und Arbeitern gefolgt und die Gemeindeparsimente verpflichtet worden, die Einführung der Regier-, Bier- und Getränkesteuer zu unterlassen. Diesen Proteststurm verfuhrte auch die SPD während der Reichstagswahlen für sich auszuwerten, indem sie sich scheinheilig gegen diese mit Hilfe eines Verfassungsbruches eingeführten Diktatursteuern der Brüning-Regierung wandte.

Die SPD vertritt die Mehrzahl auf den neuen Reichstag.

der diese Diktaturverordnung wieder aufheben würde. In der Durchführung dieser Diktaturverordnung aber leistete die SPD-Bürokratie nicht nur wirksame Hilfe, sondern war direkt führend.

Das ganze Gerbe der SPD vom Verfassungsbruch und Widerstandselben erweist sich wieder einmal als Lug und Trug, in Wirklichkeit sind sie die eifrigsten Einpeitscher der Youngsteuern.

Den besten Beweis für ihre Rolle als Youngböge liefert der Gelehenwurf der Preußen-Regierung zur Durchführung der Gemeindefürsorge, Gemeindevertragssteuer und Bürgersteuer, der die Unterschriften der SPD-Minister Braun und Baentig trägt. (Nr. 174. Druckache des Preussischen Staatsrats.) Ohne die Entscheidung des neuen Reichstages abzuwarten, wird dieser Gelehenwurf ausgearbeitet und der Staatsrat aufgefordert,

„mit Rücksicht auf die Dringlichkeit der Vorlage möglichst bald“ eine Entscheidung herbeizuführen.

Die Sozialfaschisten Braun und Baentig dokumentieren durch diesen Gelehenwurf ihre Arbeiterfeindschaft und bestreiten sich erneut als die eifrigsten Schrittmacher des Faschismus. So wird in § 3 der eigene Wille der Gemeindevorstellung völlig ausgeschaltet und diktatorisch die Einführung der Regier- und Biersteuer vom Staatskommissar verfügt. Auch die bisher schon angewandten Methoden in der Einführung eines heftigen Diktators und Sparkommissars (Berlin) werden verhärtet. In der Begründung zum § 3 heißt es:

„Der § 3 erfüllt die den Landesregierungen (durch die Brüning-Diktatur) auferlegte Verpflichtung, die erforderlichen Maßnahmen für den Fall zu treffen, daß Gemeinden ihren Verpflichtungen nicht nachkommen. Die dem bestehenden Recht hierfür gegebenen Mittel der Auflösung der Gemeindevorstellung oder der Bestellung eines Kommissars sind zu schwerfällig.“

Für den Fall, daß Gemeinden ihrer Verpflichtung zur Einführung der Biersteuer oder der Bürgersteuer oder beider Steuern nicht nachkommen, will der § 3 der Aufsichtsböden das Recht geben, hinsichtlich der Einführung der neuen Steuern das zu veranlassen, was notwendig ist, um der reichsrechtlichen Verpflichtung zu genügen.“

Streitbeschlus in der Bielefelder Metallindustrie

In der Bielefelder Metallindustrie soll ein Lohnraub von 12 bis 33 Pf. pro Stunde durchgeführt werden. Die Belegschaft der Metallfirma Dierckmann beschloß einstimmig, den Raubzug der Metallgewaltigen mit dem Streik zu beantworten und den Kampf der Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich zu organisieren.

Die täglichen Massenentlassungen

Auf der Schachtanlage „Karl Junke“ in Heiligen (Ruhrgebiet) werden in der nächsten Zeit 350 Bergarbeiter entlassen. Die roten Betriebsräte erklären, daß sie die Bergarbeiter zum Kampf gegen diese Massenentlassungen organisieren werden.

Auf der Dortmunder „Union“ werden für 4500 Arbeiter Betriebsräte von je 3 Tagen eingelegt, während auf dem Martinwerk und Phönix in Herde die Kündigung einer großen Anzahl von Arbeitern wiederum ausgesprochen ist.

Die Direktion der NSU-Werke in Württemberg hat die Entlassung von 250 Arbeitern angemeldet. Dieser Hungertod des Unternehmertums ist die gezielte

revolutionäre Kraft der Arbeiterklasse entgegenzusetzen, die unter den proletarischen Lösungen mit der AOB gegen die Massenentlassungen mit allen Mitteln kämpft.

Bergarbeiter erkämpfen unter Führung der AOB Lohnerhöhung

Die Betriebsleitung der Grube Klara in Gröbers (Mitteldeutschland) kündigte der Belegschaft Lohnabbau an. Die Belegschaft beantwortete diesen Vorstoß mit der Forderung auf Erhöhung der Wasserzulage von 5 auf 15 Prozent und Herabsetzung des Gebühres von 33,5 auf 33. Durch das geschlossene Auftreten der Belegschaft unter Führung der AOB nahm die Betriebsleitung die Forderung der Belegschaft an. Die Lohnerhöhung, in deren Genuß etwa die Hälfte der Belegschaft kommt, beträgt pro Schicht 1,50 Mark. Dieser Kampf ist wieder ein Beweis, daß bei einem geschlossenen Auftreten der Belegschaft unter revolutionärer Führung nicht nur der Unternehmerrang, sondern auch die Arbeiterklasse in der Lage ist, Lohnerhöhungen zu erkämpfen.

